

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263.

Donnerstag, den 9. November 1911.

18. Jahrg.

## Heute, Donnerstag abend, vier Volks-Versammlungen in den Lokalen „Friedrichshof“, „Flora“, „Kolosseum“ u. „Neu-Dauerhof“.

### Thema: Die Bürgerschaftswahlen.

Männer und Frauen! Erscheint zahlreich!

Hierzu eine Beilage.

### Die Postbeamten und der Reichstag.

(An Postbeamte weitergeben.)

Die Postbeamten stellen eine starke Wählergruppe dar, die alle bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen suchen. Wenn es galt, für die Postbeamten Reden zu halten oder wertlose Resolutionen einzubringen, fand seit Jahren ein Wettlauf unter den bürgerlichen Abgeordneten statt. Die Ergebnisse waren für die Beamten aber recht minimal, wenn sie nicht ganz ausblieben. Bismarck gut kamen noch die höheren Beamten, schon etwas schlechter die mittleren weg. Deren glauben sich die bürgerlichen Parteien sicherer zu sein als der Unterbeamten, die zwar mit Maßregelung bedroht sind, falls sie sozialdemokratische Gesinnung zeigen, denen man aber doch nicht recht über den Weg traut. Zudem ist ihre Zahl zu groß. Jede finanzielle Zuwendung an sie läuft zu sehr ins Geld, kostet Millionen.

Als schwer getäuscht durch den Reichstag muß sich das Heer der Postassistenten und Unterbeamten fühlen. Bei der Wahl im Jahre 1907 ist um ihre Stimme von allen bürgerlichen Parteien mit besonderer Inbrunst geworben worden. Für Gehaltserhöhungen einzutreten, versprochen alle bürgerlichen Kandidaten. Offiziös stellte vor dem Wahltag auch die Regierung eine baldige Besoldungsreform in Aussicht. Zur Aufbesserung der Gehälter der Beamten lag seit Jahren Anlaß vor. Die Scharen der gering besoldeten mittleren und unteren Beamten der Postverwaltung waren von der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung infolge der Hochschutzzollpolitik nicht minder schwer, ja zum Teil härter als die Arbeiter betroffen, da ihnen nicht gestattet ist, in Lohnbewegungen zum Zweck der Erringung besserer Existenzbedingungen einzutreten.

Denn unter harter Aufsicht werden selbst recht harmlose Vereine der Postbeamten durch die vorgelegten Behörden gehalten. Jede selbständige Bewegung der Beamten wird unterdrückt. Beamte, die sich bei der Vertretung der Interessen ihrer Kollegen ein wenig hervortun, sind sofortiger Maßregelung ausgesetzt. Aus der letzten Zeit ist die Oranienburger und Maßregelung des Oberpostassistenten Sollitsch noch in aller Erinnerung. Wie den Beamten, geht es auch den zahlreichen Arbeitern der Telegraphenabteilung, deren Organisation argwöhnisch überwacht, deren Leiter, wie der Telegraphenarbeiter Valentin, gemäßigter werden, wenn sie sich nur im geringsten bei den Vorgesetzten mißlieblich machen. Wenn neben sozialdemokratischen Rednern, die dieses skandalöse Vorgehen des Postgewaltigen Krätze brandmarkten, ein bürgerlicher Abgeordneter einmal ein Wort der Kritik sagte, war es zu zahm, um Eindruck zu machen. Niemals haben sich die bürgerlichen Parteien dazu verstanden, die Gewährung voller Koalitionsfreiheit für die Postbeamten zu fordern.

Als Ausgleich für diese Unterlassung hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages sich keineswegs angelegen sein lassen, die Arbeitsbedingungen der Postbeamten, besonders der unteren, leidlich befriedigend zu gestalten. Die Reichspost ist weit davon entfernt, ein Musterbetrieb zu sein. Die Arbeitszeit beträgt 60 und 66 Stunden in der Woche. Die Postverwaltung handelt ganz im Sinne der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, wenn sie ihren Arbeitern und Unterbeamten anständige Arbeitsbedingungen versagt, weil besonders die Agrarier fürchten, daß sonst ihre Arbeiter begehrlich gemacht und zur Abwanderung veranlaßt werden. Deshalb kann die Postverwaltung ungekraftet Resolutionen des Reichstages unbeachtet lassen, durch die eine Verkürzung der Dienstzeit, z. B. früherer Schichtschluß am Sonnabend, gefordert wird. Solche Resolutionen sind oft genug garnicht ernst gemeint.

Unsicherheit der Existenz besteht für viele Tausende von Angestellten bei der Post. Sie müssen sich in langen

Jahren erst zu einigermaßen leidlicher Bezahlung hindurcharbeiten. Mit Lagedlöhnen von 2,50 Mk. und darunter, die als Hungerlöhne von sozialdemokratischer Seite gebrandmarkt wurden, werden sogar Familienväter bezahlt. Die hohen Überschüsse der Post werden herausgewirtschaftet, weil zahlreiche Angestellte nicht ihre geringsten Lebensbedürfnisse befriedigen können. Die so schwer erkaufte Anstellung erfolgt erst nach vielen Jahren Dienstzeit bei unzureichender Bezahlung. Für Assistenten ist das Anstellungsalter 27 Jahre, für Unterbeamte aber 32 bis 34 Jahre. Der Reichstag hat es nicht für notwendig befunden, daran etwas zu ändern.

Trotz aller sozialdemokratischen Kritik hat man das bei der Post aufs höchste ausgebildete Überwachungs-system bestehen lassen. Auf je vier bis fünf Beamte kommt ein Aufsichtsbeamter. Viel Kränkendes hat auch dieses System an sich, da es die Beamten erkennen läßt, wie wenig Vertrauen die Verwaltung zu ihrer Pflichttreue hat.

Nach den Versprechungen bei der Wahl konnten die Beamten mit hochgespannten Erwartungen den Beschlüssen des Reichstages entgegensehen. Mit der besprochenen Besoldungsreform ging es aber durchaus nicht rasch voran. Deshalb wurde 1907 die Regierung gebrängt, eine Leistungszulage zu gewähren. Schließlich wurde auch ein so geringer Betrag bereitgestellt, daß auf den Teil der Beamten, die überhaupt etwas erhalten hätten, ungefähr 20 Mk. pro Mann gekommen wären. Das hätte wie eine Verhöhnung gewirkt. Der Reichstag setzte die Leistungszulage nach heftigem Widerstreben der Regierung auf 100 Mark für die unteren Beamten herauf. Da die Reichskasse leer war, wurde das Geld dazu der Anleihe entnommen. Die Reform des Wohnungsgeldzuschusses und der Gehälter wurde für 1908 in Aussicht gestellt, konnte aber auch dann noch nicht in Angriff genommen werden, da die Mittel fehlten, weil die Finanzreform nicht zustande kam. Um der wachsenden Unzufriedenheit der Beamten zu begegnen, wurden noch einmal Leistungszulagen gewährt, in Höhe von 100 Mark für die unteren, 150 Mark für die mittleren Beamten, die weniger als ein Jahreseinkommen von 4200 Mark hatten.

Gleichzeitig mit der Finanzreform wurde die Besoldungsvorlage erst im Jahre 1909 fertiggestellt. Allgemeine große Enttäuschung machte sich bei den mittleren und unteren Beamten geltend, als bekannt wurde, wie gering die Zulagen von der Regierung gedacht waren. Das war keineswegs der versprochene Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zollgesetzgebung! Freilich, in der Denkschrift zur Besoldungsvorlage erklärte die Regierung ganz offen, daß sie den Unterbeamten so wenig gebe, damit die Gutsbesitzer und die Unternehmer in Handel und Industrie nicht genötigt würden, höhere Löhne zu zahlen, ein Grundsatz, zu dem sich Staatssekretär Krätze seitdem noch wiederholt im Reichstage bekannt hat. Da durch die neuen indirekten Steuern auch die Beamten belastet wurden, gab die Regierung mit den Zulagen nicht viel mehr, als sie durch die höhere Steuerbelastung wieder nehmen wollte. Der Petitionssturm der Beamten entfiel, ließ die bürgerlichen Parteien nicht unberührt. Bei der Kommissionsberatung wurden bei den Offizieren, den hohen Beamten und auch bei den Postassistenten und Unterbeamten die Gehaltsätze über die Regierungsvorlage hinaus nicht unwesentlich erhöht.

Nur bei den Assistenten und Unterbeamten gingen der Regierung die Kommissionsbeschlüsse zu weit, sie erklärte sie für unannehmbar. Die bürgerliche Mehrheit fiel um, die Gehaltsätze wurden wieder herabgesetzt. Einer ganzen Anzahl von Beamten brachte die Besoldungsreform überhaupt keine Besserstellung, für manche Stellen sogar eine Verschlechterung; nur wird den jetzigen Stelleninhabern das alte Gehalt weitergezahlt, damit eine direkte Verschlechterung unterbleibt. Auch die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses hat Tausende von Beamten nicht befriedigt. Besonders rückwärtslos gegen die Beamten ging das Zentrum vor, nachdem es wieder Regierungspartei geworden war. Es beforderte den Abgeordneten Post-

sekretär Hamecher aus der Budgetkommission heraus, damit er nicht mehr für die Beamten reden konnte. Im Jahre 1911 durfte dieser Vertreter der Postbeamten bei der Beratung des Postetats erst garnicht in die Budgetkommission hinein. Später haben wiederholt bürgerliche Abgeordnete der Ansicht Ausdruck gegeben, wenn die Reichstagsmehrheit festgeblieben wäre, hätte die Regierung den anfänglich festgesetzten Gehaltsätzen für die Assistenten und Unterbeamten zustimmen müssen. Dieser Meinung ist von den Sozialdemokraten von Anfang an Ausdruck gegeben worden. Die schwere Unterlassungssünde von 1909 an den Postbeamten wieder gut zu machen, ist der bürgerlichen Mehrheit nicht eingefallen.

Sparbarkeit auf Kosten des Heeres der Postangestellten ist besonders im Jahre 1910 geübt worden. Neue Beamtenstellen wurden nicht geschaffen, sodaß die Anstellung sich verlangsamte. Für Löhne der Post- und Telegraphenarbeiter wurden eineinhalb Millionen Mark weniger als im Vorjahre in den Etat gestellt, und für die Ausdehnung des Leistungszulages 20 Millionen Mark weniger auf Anleihe genommen. Die Folge war, daß mehrere Tausend, nämlich 10 Prozent aller Post- und Telegraphenarbeiter entlassen wurden, und das in einer Zeit, in der die Geschäfte noch schlecht gingen, sodaß es schwer fiel, andere Arbeit zu finden.

Die bürgerlichen Abgeordneten führten um dieselbe Zeit eine widerliche Komödie im Reichstage auf, Besserstellung der Besoldungsverhältnisse beantragten im Herbst 1910 in Resolutionen die Konservativen, Antisemiten und Liberalen. Staatssekretär Krätze versicherte, die Lage der Beamten sei vortrefflich. Zwar habe die Unterlassung der Stellenvermehrung sowohl in der Schaffner- als auch der Landbriefträgerklasse eine Verlangsamung der Anstellung zur Folge, aber dafür seien ein Jahr vorher die Gehälter erheblich aufgebessert worden. Darauf verständigten sich die bürgerlichen Abgeordneten dahin, alle Resolutionen gleichzeitig zurückzuziehen, damit sich die Parteien bei der Agitation unter den Postbeamten nicht Konkurrenz machen könnten.

Je näher die Wahl kam, desto mehr wurde für die Postbeamten geredet. Jedoch nur für einen Teil der Assistenten wurde eine Besserstellung gefordert. Das gab den Anlaß zu einem wüsten Zank zwischen den Parteien in der Sitzung vom 10. März 1911, wobei sie sich illogisches Verhalten und unlauteren Wettbewerb um die Stimmen der Postbeamten vorwarfen. Genügt hat den Assistenten die beschlossene Resolution nicht. Eine sozialdemokratische Resolution, in der gefordert wurde, eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes möge in der Richtung vorbereitet werden, daß den Unterbeamten eine angemessene Erhöhung ihrer unzulänglichen Bezüge gewährt wird, stimmten die bürgerlichen Parteien nieder.

Getäuscht und genarrt hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Postbeamten! Auch sie haben allen Anlaß, Abrechnung zu halten für getäuschte Erwartungen und wirtschaftliche Schädigung. Mögen sie es gründlich besorgen und zu ihrem Teil dazu beitragen, daß ein Reichstag gewählt wird, der auch die Beamten als freie Staatsbürger schätzt und ihnen für redliche Arbeit ausreichende Besoldung gewährt! Mögen sie sozialdemokratisch wählen!

### Die Reichstagswahl.

Militärische Schmerzen.

Der schreiblustige Generalmajor Reim ergreift im „Tag“ das Wort, um wieder einmal nachzuweisen, daß die militärischen Lasten keineswegs so drückend sind, wie das fortgesetzt behauptet wird, und zum Beweise dafür führt er an, daß seit 1892 das Einkommen des deutschen Volkes von 5,7 auf 13,7 Milliarden Mark, das heißt um 144 Prozent, gestiegen ist, während die Bevölkerung nur um 25 Prozent wuchs. Das Einzelvermögen

Ist von 1895 mit 62 Milliarden auf 101 Milliarden im Jahre 1910 gestiegen. In den deutschen Sparkassen sind über 12 Milliarden Spargelder niedergelegt. Angefichts dessen bezeichnet es der General Keim geradezu als vermessene Sparjamkeit bei der Armee zu verlangen. Daß diese ungeheuren Summen nicht im Besitz der großen Masse der Bevölkerung, sondern einer relativ kleinen Schicht sind, das sieht einen so großen Geist, wie der General Keim es offenbar zu sein glaubt, durchaus nicht an. Er spielt wieder mit der bekannten Idee, daß ein unglücklicher Krieg dem Reiche weit erheblichere Kosten verursachen würde, als dauernd steigende Aufwendungen für Heereszwecke. Schließlich behauptet er: „Daß unsere Militärverwaltung reiflos mit der letzten Militärvorlage einverstanden gewesen wäre, davon kann gar keine Rede sein, da braucht man nur die sogenannten Motive zu lesen oder sich verschiedener Redemwendungen des preußischen Kriegsministers zu erinnern. Letzterer ist doch militärisch zu erfahren, um nicht zu wissen, daß die unerbittlichen Gesetze der Kriegskunst sich weder amtlich noch parlamentarisch noch bürokratisch beeinflussen lassen.“

Demgegenüber muß doch wieder darauf hingewiesen werden, daß die letzte Militärvorlage einen Kostenaufwand von 142 Millionen Mark erfordert, daß sie in ihrem finanziellen Effekt die drittgrößte war, die der Reichstag jemals überhaupt verabschiedet hat. Von diesen 142 Millionen Mark sind im laufenden Etatsjahr nur 8 Millionen gedeckt worden, so daß der Rest von 134 Millionen Mark auf die folgenden vier Jahre verteilt werden muß. Bei der ungünstigen Finanzlage des Reiches und bei den an sich schon steigenden Ausgaben für die Armee ist es ganz ausgeschlossen, daß diese Restsumme aus laufenden Mitteln gedeckt werden kann. General Keim geht aber gleich aufs Ganze, er verlangt, daß eine durchgreifende Reform stattfinden müsse und bezeichnet es als eine der dringendsten Erfordernisse, der Verankerung unseres Offizierskorps entgegenzutreten. Diese Verjüngung des Offizierskorps ist natürlich nur zu erreichen durch massenhafte Verabschiedungen von diensttauglichen Offizieren. Das sieht General Keim auch ein, denn er sagt selbst: „Das kostet natürlich Geld, viel Geld, und unsere Finanzstrategen werden sagen: Um Gottes willen, nur keine neue Belastung des Pensionsfonds, was soll aus dem Gleichgewicht der Finanzreform werden!“

Diese Verjüngung würde dem deutschen Volke ungezählte Millionen kosten, und nicht etwa als einmalige Ausgabe, sondern, da die Pensionen fortlaufend gezahlt werden müssen, als eine Ausgabe, die in jedem Jahre mit wesentlicher Steigerung wiederkehrt.

Der Gedanke der Verjüngung der Armee wird übrigens von Offizieren auch in anderen Blättern propagiert. So bringen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ eine Zuschrift eines Offiziers, in der als einziger Ausweg bezeichnet wird, entweder Verjüngung des Offizierskorps oder Krieg. Dieser Offizier wünscht den Krieg direkt zu dem Zwecke, um das Avancement der Offiziere zu verbessern und die Berufstreue im Offizierskorps zu erhöhen.

An den Reichstagswählern liegt es, den kriegslustigen Herren am 12. Januar einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen.

## Politische Rundschau

### Deutschland.

#### Sozialdemokratische Anträge zur Marokkofrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, bei der Besprechung der Marokkofrage folgenden Antrag zu stellen:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ermahnen:

1. das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911, betr. Marokko- und Äquatorial-Afrika, dem Reichstage zu der verfassungsmäßig für seine Gültigkeit erforderlichen Genehmigung vorzulegen;
2. Dem Reichstage ein Weißbuch zugehen zu lassen, das die aus Anlaß jenes Abkommens gewechselten Noten enthält.
3. Noch in dieser Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, wodurch ausdrücklich der Artikel 11 der Reichsverfassung eine Abänderung dahingehend erachtet, daß alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstages erfordern.

#### Der Strich im Kolonialamt.

Aus parlamentarischen Kreisen, jedenfalls vom Abg. Erzberger, erhält die „Märkische Volkszeitung“ Aufklärung über die Ursachen der Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Kolonialamt, die dann zum Rücktritt des Herrn v. Lindequist führten. Nach dieser Darstellung wäre Herr v. Lindequist mit dem Gang der Marokkoverhandlungen vollkommen einverstanden gewesen, bis er, als das Abkommen fertig war, dem Reichskanzler plötzlich erklärte, er sei nicht in der Lage, das Abkommen im Reichstage vertreten zu können. Die „Märkische Volkszeitung“ läßt durchblicken, daß Herr v. Lindequist von Dernburg beeinflusst worden ist.

#### Aus der Geschichte des Marokko-Abkommens.

Parier Blätter berichten über die Begründung des Marokkoabkommens, die Algeiras-Akte habe durch zahlreiche Einschränkungen Frankreich behindert, in Marokko Ursachen zu verhindern und die notwendige Ordnung wieder zu erhalten. Auf die allmähliche Beilegung dieser Beschränkungen und auf die für Frankreich notwendige Handlungsfreiheit habe während eines Zeitraumes von vier Monaten der französische Meinungsaustausch mit Deutschland sich bezogen. Weiter heißt es in der französischen Begründung wörtlich:

„Wir glauben bestimmt, daß der Zeit, zu dem diese langen Erörterungen geführt haben, uns all die Freiheit gewährt, die unerlässlich ist zur Erfüllung der hohen Mission der Zivilisation und des Fortschritts, die wir in Marokko auf uns nehmen.“

Das Exposé besagt dem weiter, daß die deutsche Regierung, die Rechte Frankreichs in Marokko anerkennend, als Gegenleistung eine Vergrößerung Kameruns verlangt habe, und daß die französische Regierung diese Forderung bewilligt habe mit der Maßgabe, daß Frankreich einen Gebietszuwachs an der Tschadküste erhalte, daß ferner nichts Frankreich in seiner lebhaften kolonialen Betätigung Eintrag tue, und daß die deutsche Regierung sich mit Frankreich bemühe, die Zustimmung der Signalarmeen von Algerien zu erlangen. So findet sich, heißt es in dem Exposé, in Nordafrika für uns ein Machtzuwachs feierlich bestätigt, der im höchsten Maße die vitalen Interessen Frankreichs berührt.

Die deutsche Reichsregierung hielt es bekanntlich nicht für notwendig, dem Abkommen auch nur ein Wort der Begründung beizufügen. Das Abkommen „beehrt“ sich der Reichskanzler dem Reichstage nur „zur gest. Kenntnisnahme“ vorzulegen.“

#### Zentrum und Marokko-Abkommen.

Der Abg. Gröber hatte am Dienstag im Reichstage darauf hingewiesen, daß die Frage geprüft werden müsse, ob das Marokko-Abkommen dem Reichstage nicht zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen sei. Die „Germania“ bringt nun am Mittwochabend einen Artikel, in dem die vom Abg. Gröber aufgeworfene Frage unter Berufung auf die Staatsrechtslehrer Holzendorff und Georg Meyer bejaht wird, und zwar nicht nur für das Abkommen über die Gebietsabtretung, sondern auch über das Abkommen, das Marokko selbst betrifft. Es ist demnach anzunehmen, daß das Zentrum diesen Standpunkt bei den Verhandlungen im Reichstage vertreten wird.

#### Staatssekretär Lindequist protestiert.

Am Montag verabschiedete sich Staatssekretär Lindequist von den Beamten im Reichskolonialamt. Er wies in seiner Abschiedsrede auf die gegen das Kolonialamt in den letzten Tagen erhobenen Vorwürfe zurück und sagte u. a.:

„Die letzten Tage sind mir allerdings durch ein amtlich inspiriertes Telegramm getrübt worden, in dem, ohne einen Beweis dafür zu erbringen, oder auch nur einen Versuch dafür zu unternehmen, unter dem deutlichen Hinweis auf das Kolonialamt gegen eine „nachgeordnete Stelle“ die schwere Beschuldigung erhoben worden ist, durch den Bruch der Amtsverschwiegenheit den Abschluß der Kompensationsverhandlungen gestört zu haben. Meine Herren! Ich habe zu lange mit Ihnen gearbeitet, und kenne Sie zu genau, um nicht die tiefste Überzeugung zu haben, daß Sie alle, von denen ja übrigens nur ein ganz kleiner Kreis von dieser Angelegenheit, die hier im Amt stets auf das diskreteste behandelt worden ist, etwas gemußt hat, hierzu nicht fähig sind, und daß Sie auch jederzeit mit ruhigem Gewissen der Präzisierung der ganz allgemein gehaltenen Vorwürfe entgegengehen können.“

Nun hat die amtliche Stelle das Wort!

#### Kommt das Heimarbeitergesetz noch zustande?

Durch die Presse laufen Nachrichten, nach welchen die Mehrheitspartei des Reichstages der Regierung einen Kompromißvorschlag unterbreiten wollen, um das Heimarbeitergesetz noch zustande zu bringen. Man hätte dann ja auch noch einen kleinen Rüber zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Ob die Regierung das Kompromiß annimmt, muß abgewartet werden.

#### Eine Novelle zur Reform der deutschen Fahrkartensteuer

soll nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ im preußischen Eisenbahnministerium fertiggestellt worden sein.

Über den Inhalt der Novelle wird nichts mitgeteilt.

#### Zentrums-Dennunziamentum.

In Erfurt fand kürzlich eine nationalliberale Wählerversammlung statt, in der u. a. auch der Stadtdirektor Dr. Overmann als Redner auftrat und kurz die Stellung des Liberalismus zu den Ultramontanen behandelte. Dabei sprach er auch den Satz aus: „Nicht die Liberalen gefährden das Christentum und den konfessionellen Frieden; die Gefährdung kommt vielmehr von anderer Seite, von Rom, da sitzt der Unruhestifter, der uns bestimmt.“ Diese wenigen Worte haben es der in Erfurt erscheinenden, von einem katholischen Geistlichen redigierten ultramontanen „Sonntagszeitung“ angetan, die nunmehr in schmuckreicher Weise die vorgelegte Behörde auf den häßlichen Beamten hegt. Das Blatt schreibt mit auffälligem Druck:

„Bei dem Erfurter Magistrat legen wir hiermit feierlichst Verwahrung gegen einen städtischen Beamten ein, der durch eine maßlose Verhöhnung den Unfrieden unter die hiesige Bürgerschaft trägt. Die katholischen Kirchenbehörden müßten es für die Zukunft ablehnen, ferner amtlich und außeramtlich mit einem solchen Beamten zu verkehren. Wer ist der Unruhestifter? Wer ist es, der uns beschimpft? Wer gefährdet den konfessionellen Frieden in Erfurt! Jeder man weiß es, wo er sitzt und wie er heißt. Auch der Erfurter Magistrat? . . .“

Schamloser kann ein städtischer Beamter, der von seinem Rechte politischer Meinungsfreiheit einmal öffentlich Gebrauch gemacht hat, nicht aus dem Amte zu hegen versucht werden, als es durch das Zentrumsblatt unter Androhung amtlichen und gesellschaftlichen Boykotts durch die Pfaffen versucht wird.

#### Die Scharfmacher

waren am Dienstag wieder einmal in Berlin an der Arbeit. Der Zentralverband Deutscher Industrieller hielt eine Delegiertenversammlung ab, die sich nicht nur mit dem üblichen Jahresbericht, sondern auch mit der Marokkofrage, mit handelspolitischen Fragen, dem Zusammenarbeiten der Industrie und dem Schutz der Arbeitswilligen zu befassen hatte. Die Resolution, die die Scharfmacher zum „Schutz der Arbeitswilligen“ annahmen, hat folgenden Wortlaut:

„Anfichts der immer drohender werdenden Gestalt der Arbeitskämpfe und des immer rückwärtsgerenderten Nachgebrauchs der Streikgewerkschaften erachtet der

Zentralverband Deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch gesetzmäßige Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als es bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Partei und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erlaß derartiger gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigenen Interesse der Arbeiterschaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wird der Industrie die Aufgabe, der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.“

Nachdem sich die Zentralverbände solcher Art das Herz erleichtert hatten, redeten sie dem „Zusammenwirken der Industrie“ das Wort, das gestört worden sei durch den Hanfabund. Eine Resolution, die dringend das Zusammengehen sämtlicher Zweige der Industrie fordert, läßt zwischen den Zeilen durchblicken, daß die Leitung des Zentralverbandes den Austritt aus dem Hanfabund als ein etwas zu voreiliges Vorgehen bedauert. Sie sucht nachträglich diesen Austritt umso eindringlicher zu rechtfertigen, immer wieder mit der Notwendigkeit, vor allem die Sozialdemokratie zu bekämpfen; der Hanfabund aber habe keine Garantie geboten, daß dieser Kampf mit der notwendigen Schärfe geführt werden würde. Habe doch Krieger schon in der ersten Hanfabundversammlung die Frage der Bündnisfähigkeit der Sozialdemokratie angeschnitten. Und wenn die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen außergewöhnliche Erfolge habe, worauf die Nachwahlen schließen ließen, so sei auch die alte bismarckische Wirtschaftspolitik gefährdet, an der der Zentralverband unter allen Umständen festhalten wolle und müsse.

Zur Marokkofrage bemerkt der Bericht des Generalsekretärs Dr. Schweighoffer, daß zwar eine Reihe Wünsche der Großindustriellen im Marokkovertrag berücksichtigt worden seien, aber das Gefühl, daß der Wille zur Tat in der äußeren wie in der inneren Politik sich nicht immer zur rechten Zeit geltend mache, sei in den weitesten Kreisen der Bevölkerung verbreitet und auch auf wirtschaftlichem Gebiete mehrten sich die Stimmen, daß eine energische Vertretung der industriellen Interessen notwendig sei.

#### Die Präsidentenwahl im sächsischen Landtag.

In der Sitzung des sächsischen Landtages vom Mittwoch fand die Wahl des Präsidiums statt. Bei der Wahl des Präsidenten empfahl der Fraktionsvorstand der nationalliberalen Fraktion, Landgerichtsdirektor Hefner, den bisherigen Präsidenten Dr. Vogel wiederzuwählen. Die Abstimmung ergab die Wahl Dr. Vogels mit 35 Stimmen. 25 Stimmen fielen auf den Genossen Fräschorf, 28 weiße Stimmzettel wurden von der konservativen Fraktion abgegeben. Dr. Vogel war somit gewählt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten forderte Hefner (natl.) auf, die bisherigen Vizepräsidenten Opitz (kons.) und Bär (freis.) wiederzuwählen. Er erkannte an, daß die sozialdemokratische Fraktion auf den 2. Vizepräsidenten Anspruch habe, aber da sie es ablehne, die verfassungsmäßigen Bedingungen zu erfüllen, und darunter verstehe er auch die höchsten Verpflichtungen, könnte er nicht die Wahl eines Sozialdemokraten empfehlen.

Genosse Schulze erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie Anspruch auf den 2. Vizepräsidenten erhebe, und daß sie bereit sei, alle verfassungsmäßigen Bedingungen zu erfüllen, aber nicht das, was Abg. Hefner in die Verfassung hineininterpretiere. Es wurde nunmehr zur Wahl geschritten und Opitz (R.) wurde mit 33 Stimmen gewählt; Genosse Fräschorf erhielt 27 Stimmen, 28 konservativen Stimmzettel wurden weiß abgegeben. Opitz (R.) erklärte, nach dem einmütigen Beschluß seiner Fraktion die Wahl nicht annehmen zu können. Sie hätten nach ihrer Stärke Anspruch auf den Präsidentenposten und verzichteten nunmehr auf eine Vertretung im Präsidium. Es entspann sich eine längere Debatte zwischen Opitz (R.) und Hefner (NL). Darauf wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt.

Bei der Wiedereröffnung schlug Genosse Schulze nunmehr den Genossen Fräschorf zum ersten Vizepräsidenten vor. Fräschorf wurde mit 35 Stimmen gewählt, der Freisinnige Bär erhielt 25 Stimmen, die Konservativen gaben weiße Zettel ab. Als 2. Vizepräsident wurde dann von den Freisinnigen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten der bisherige zweite Vizepräsident Bär gewählt. Als Sekretäre wurden dann weiter gewählt Anders (NL) und Fleißner (SD.), als Ersatzleute Roth (Freis.) und Hartmann (NL).

#### Aus dem bayerischen Landtage.

In später Abendstunde gingen endlich Montag die bayerischen Eisenbahnerdebatte zu Ende, die die Niederlage des Zentrums und die schwere Erschütterung der Regierungsautorität besiegelten. Die von der Sozialdemokratie und den Liberalen verteidigte Meinungsfreiheit aller Staatsbürger triumphierte, die Zentrumsprelle hatte für diesen 6. November die endgültige Hinrichtung des Verkehrsministers „von berufener Seite“ angekündigt. Man verlangte das Haupt des Ministers, der sich weigerte, den süddeutschen Eisenbahner-Verband zu verbieten und obendrein bemerkt hatte, bei üblicher Behandlung des Personals nütze auch das strengste Streikverbot nichts. Aber die Exekution wurde abgefragt. Die „berufene Seite“, Herr v. Massen, machte ein paar zugehörte Bemerkungen, in denen der Reichskanzler, der Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, wegen großblöckerdächtiger Äußerungen des Berliner Regierungsblattes geheimer Blockneigungen angeklagt und wo der bayerischen Regierung das gleiche Verbrechen nachgesagt wurde: „Kulturell“ sei man einig von Bebel bis hoch hinauf, rief der Zentrumsdiplomate, hinter dem Rücken aber reiche man dem biedereren Zentrum die Hand, aber nur um Paragraphen und Millionen entgegenzunehmen. Das war alles. Im Zentrum hoffte man immer auf die Umkehr der Liberalen. Der erste Zentrumsredner, Heib, der am Montag auch nur eine belanglose Rede hielt, versuchte in polemisch einschüchternder Form ein ziemlich plummes Liebeswerben um die Liberalen. Große Heiter-

Kelt erzeugte die Feststellung des Genossen Timm, daß der Ministerpräsident selbst bei der Nürnberger Jubiläumsausstellung den Umsturz gefördert habe, indem er für die Unterstellung der von den Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Arbeitersekretariate eine silberne Medaille verlieh in Anerkennung ihrer Verdienste „um die materielle und geistige Hebung des Arbeiterstandes“, heute bildet es Anlagematerial gegen den süddeutschen Eisenbahner-Verband, daß einzelne Ortsgruppen der Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind. Das letzte Wort in den Debatten hatte der greise liberale Professor Günther, der mit ungemein eindrucksvollen Worten die unbegrifflichen Wandlungen des Zentrums von einer verfolgten zu einer verfolgenden Partei kennzeichnete, die Hege gegen die Sozialdemokratie verurteilte und ein in seinem Sinne freies Beamtenumverleibte. Günther erklärte das Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten gegen das Zentrum für notwendig, er schloß mit einem vernichtenden Schlag, indem er daran erinnerte, daß daselbe Zentrum, das heute das Koalitionsrecht der Eisenbahner bestreitet, noch vor zwei Jahren im bayerischen Landtag einen vom Hause einstimmig angenommenen Antrag einbrachte, wonach dem Reichstag ein Gesekentwurf vorgelegt werden sollte, der allen Angestellten, auch denen in Staat und Gemeinde, das Koalitionsrecht sichert.

**Bei der Reichstagsstichwahl**  
Im letzten Ratiborwahlkreise wurde der Grundbesitzer Sapletta-Ralibor (Zentrum) mit 10 050 Stimmen gewählt. Pfarrer Banas-Lubowij (Pole) hatte 5600 Stimmen erhalten.

**Vereinigte Staaten.**  
**Glänzende Wahlsiege unserer amerikanischen Parteigenossen.** Eine Wolff-Depesche aus New York meldet: Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind acht Sozialisten in Ohio zu Mayors (Bürgermeistern) gewählt worden. In Schenestady (Staat New York) siegten die Sozialisten in der Wahl des Mayors und aller Beamten der Stadt bis auf einen. Die Sozialisten siegten ferner in Michigan, Kansas und New-Mexiko. Die Demokraten haben in der Wahl des Gouverneurs in Massachusetts, Kentucky und Mississippi gesiegt, während die Republikaner Rhode Island gewannen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 9. November.

**Der Kampf um die Futterkrippe.** Gestern Abend hat der „Neue Bürgerwählerverein“ seine Kandidaten nominiert. Er hat, wie nicht anders zu erwarten, die von den Vaterstädtischen Abgeordneten wieder auf den Schild erhobenen, u. a. Rechtsanwalt Fehling, Glasau, Stender und Schorer. Gegen die Kandidatur Fehling wurden selbst in diesem Kreise — der von Fehling doch wohl selbst als stubenrein angesehen worden ist — von zwei Gelehrten ernste Bedenken erhoben. Das ist ziemlich bezeichnend. Nun kann der Kampf um die Futterkrippe beginnen. Der eine Klügel bekämpft den anderen. Offenheit wendet sich die einschichtigen ersten Wähler von dieser Kahlbalderei ab und geben am 17. November ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten.

Im Vaterstädtischen Verein, der gleichfalls gestern tagte, las, wie das Amtsblatt höhnisch bemerkt, der Vorsitzende, Staatsanwalt Dr. Wenda, eine Rede ab, die sich natürlich gegen den neuen Verein richtete und diesem nur ein kurzes Leben prophezeite. Man spricht sich dann noch ein wenig herum und trotzte schließlich wieder, ohne irgend einen Beschluß gefaßt zu haben, nach Hause resp. in die Stammkneipen.

**Zur Ansperrung der Lithographen und Steindrucker**  
Ist zu berichten: Trozdem wir schon in der vierten Ansperrungswoche stehen, ist es den Firmen bisher nicht möglich gewesen, Ersatz zu bekommen. Allerdings der Firma Hermberg gelang es, den Lithographen van Koppenhagen aus Amsterdam zu erwischen. Derselbe ist den Kollegen schon vom Streik in Rötchenbroda her bekannt. Dort wie hier spielte er den Kauzreißer. Um dem ewigen Spiekrutenlaufen aus dem Wege zu gehen, etablierte er sich kurzerhand als Privat-lithograph. Arbeitet aber nach wie vor für die Firma Hermberg. Also ganz genau dasselbe. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, versteht R. sich meisterhaft auf diese Liebesdienste. Unsere Kollegen werden seinen Namen ins goldene Buch einschreiben. Die Kollegen der Lubeca-Werke legten einmütig am letzten Sonnabend die Arbeit nieder. Eigentlich hätten dieselben schon am Dienstag die Arbeit niederlegen sollen. Der Herr Direktor verstand es aber, unsere Kollegen bis Sonnabend festzuhalten. Er ließ sich auch von uns den Fr. G. u. Co.lichen Tarif vorlegen, auch bat er sich eine Abschrift aus. Die durchblicken, daß es wohl zur Einigung käme. War aber nur Schiebung, denn der Herr Direktor ließ die Tarife ohne unser Wissen und Zustimmung vervielfältigen. Zu welchem Zwecke entzieht sich unserer Kenntnis. 18 Kollegen kommen in Frage. Am Dienstag schloß sich das gesamte Hilfspersonal, weil von ihnen Streitarbeit verlangt wurde und deshalb eine Anlegerin entlassen wurde, der Bewegung an. Zur Erheiterung unserer Kollegen verstandte die Firma Hermberg an ihre Ausgeperrten die Nr. 21 sowie die Extrazugabe Nr. 14 des „Deutschen Steindruckergewerbes“ (Organ des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer). Am liebsten würden die beiden Nummern vollständig veröffentlicht. Es ist bloß schade um den Blag. Die Leser würden dann sofort herauslesen, wie schlecht es mit den Prinzipalen steht, wie sehr sie in der Klemme sitzen. Jedenfalls glauben die Herren, uns wird die Zeit lang, wir hätten nichts zu lesen. Uns bietet aber die Genossenschaftsbibliothek Stoff genug. Zur Erheiterung der Leser dieses Blattes einige Auszüge aus Briefen, die angeblich an unsern Hauptvorstand gelangt sind von Nichtmitgliedern d. Sch. B., die nun im Organ der Prinzipale veröffentlicht werden.

Was nun die Arbeitszeit betrifft, so sind Sie unerfährlich. Eine neunstündige Arbeitszeit ist und bleibt eine humane, eine kürzere ist für jeden, auch für die Familie, zum Schaden: für viele wäre es sogar besser, sie hätten eine noch längere Arbeitszeit, sie kommen doch nach zeitig genug in die Destille. Sorgen Sie vor allem dafür, daß die Verhegung aufhört, damit die Gehilfen ferner nicht mehr an Leib, Seele und Geldbeutel zu leiden haben. Was die Teuerungszulage anbelangt, so ist eine Verteuerung einiger Lebensmittel zuzugeben, worunter aber nicht nur die Steindrucker zu leiden haben, sondern jeder Bürger, denn jeder hat sich nach seinen Verhältnissen einzurichten. Die Teuerung ist doch auch nur vorübergehend, eventuell würde auch von vielen Seiten eine kleine Zulage vorübergehend bewilligt worden sein. Diefenigen aber,

die den Ausstand bei der heutigen kritischen Zeit veranlaßt haben, tragen die Verantwortung für das entfehende Glend und den späteren Verlust der Arbeitsgelegenheit, da sie den Export frivol lahm gelegt haben.

Was aber die geforderte Urlaubszeit anbelangt, so zeigt diese Forderung, gelinde gesagt, Unbescheidenheit. Mehrere Arbeitgeber, die dem Schutzverbande nicht angehören.

Und weiter:  
„Den Gehilfen unseres Gewerbes ist die Möglichkeit gegeben, durch eigene Kraft sich emporzuarbeiten, sie stehen nicht auf einer Stufe mit Handarbeitern und Tagelöhnern, die nur durch Zusammenbruch glücklicher Arbeitsbedingungen erreichen können. Darum ist der Streik eine Entwürdigung für unsere Gehilfen. Diese Erkenntnis bricht sich auch schon Bahn, indem sie das verächtliche, mit dem Streik verbundene Postensitzen einsehen und die besseren und intelligenten Gehilfen dazu nicht mehr zu haben sind. Ich habe es nie begreifen können, daß ein Mann von Bildung (und dazu sind doch unsere Gehilfen zu zählen) das Verächtliche des Streikpostensitzens nicht schon früher erkannt haben. Stundenlang in Wind und Wetter vor dem Hause seines früheren Arbeitgebers Spionsdienst zu verrichten, ist der größte Schimpf, der von den Führern des Senefelderbundes meines Erachtens den Gehilfen angetan werden konnte.“  
Wer lacht da nicht?

**Warnung vor sog. Gasparapparaten.** Nach den Mitteilungen vieler Gaskonsumenten werden wieder von Reisenden und Monteuren auswärtiger Firmen sog. Gasparapparate von geringem Werte zu hohen Preisen in einer Weise angeboten, die einer Täuschung des Publikums mehr ähnlich ist als einem realen Geschäftsgebaren. Wir haben vor dem Ankauf solcher Apparate mehrfach gewarnt und müssen auch jetzt wieder darauf aufmerksam machen, daß die angeblich erhebliche Gasersparnis in den meisten Fällen nicht eintritt. Die für Gaslampen bestimmten Apparate sind ebenso wie die Gaskocher-Sparapparate einfache Regulier-vorrichtungen und haben keine andere Wirkung als die Regelung des Gasdurchganges durch zweckentsprechendes Einstellen der vorhandenen Abschlußhähne. Der Gaskocher-Sparapparat ist nicht nur wertlos, sondern sogar schädlich, weil bei seiner Anwendung die zum Kochen auf Gas erforderliche Zeit meistens unnötig verlängert wird; es gelingt durch einfaches Regulieren am Gashahn, einer etwaigen Gasverschwendung vorzubeugen. Leider geben die gefehlichen Bestimmungen keine Handhabe, den Vertrieb zu verhindern. Wir warnen die Gasabnehmer daher nochmals ausdrücklich, die genannten Apparate an den Gasanlagen anbringen zu lassen.

Die Generalversammlung der Genossenschaftsbäckerei findet nicht heute, Donnerstag, sondern am kommenden Sonnabend statt. Wir weisen auch an dieser Stelle hierauf besonders hin.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen finden statt: In Lübeck, Restaurant „Bochenhof“. Am Freitag, dem 10. November 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialklassen der Jahreshalben 1908, 1909, 1910 und 1911 und vom Jahrgang 1899 diejenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 eingetretten sind; ferner die zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen der Spezialklassen. Am Freitag, dem 10. November 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Gardemannschaften der Jahreshalben 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910 und 1911, einschließlich der von Gardetruppenteilen zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen.

**Verhaftete Falschmünzer.** Seit Dienstag wurden in verschiedenen hiesigen Geschäften verschiedentlich falsche Fünfmarkstücke eingekommen, die täuschend ähnlich nachgemacht waren. Gestern gegen Mittag erschienen in einem kleinen Geschäft der Marlesgrube zwei Männer, kauften eine Kleinigkeit und legten ein Fünfmarkstück hin. Die im Laden anwesende Frau bemerkte sofort, daß es ein Falschstück sei; in demselben Augenblick ergriffen die beiden aber auch schon die Flucht. Sie wurden verfolgt und in Haft genommen. Bei einer körperlichen Visitation der Verhafteten fand man noch eine große Zahl der Falschstücke, von denen beide an zwanzig Stück an den Mann gebracht hatten. Die Gauner sind von Berlin nach hier gekommen und bestreiten, die Falschstücke selbst angefertigt zu haben. Es scheint, daß sich die Falschmünzwerkstatt in Berlin befindet.

**Kontursöffnung.** Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma W. u. H. Böge in Schlutup ist am 8. November 1911, vormittags 10 Uhr 30 Min., das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Meyer in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Morgen, Freitag, Abend 8 Uhr, gelangt das erfolgreiche Schauspiel „Glaube und Heimat“ von Karl Schönherr zur nochmaligen Aufführung.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Freitag, gelangt in neuer Einstudierung Boieldieus romantische Oper „Die weiße Dame“ zur Aufführung. In den Hauptpartien sind die Damen Janson, Arkadij, Reiffe sowie die Herren Kollwitz, Schorn, Fabian, von Schent beschäftigt. Die Inszenierung liegt in den Händen des Herrn Oberregisseurs Meyer. Die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Dr. Parkem. — Am Sonnabend kommt die neue Operette „Das Musikantenmädle“ zur Wiederholung. Sonntag nachmittags 8 Uhr findet die zweite Volksvorstellung (jeder Blag 50 Pfg.) statt und zwar ist Shakespeares Tragödie „Romeo und Julia“ angefaßt.

**Schwartau.** Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Freitag von 5—8 Uhr im „Gasthof Transvaal“ statt.

**Trens.** Der Sozialdemokratische Verein Trens-Vorwerk hielt Dienstag eine Mitglieder-Versammlung ab. Als Referent war Gen. Drefsen-Lübeck erschienen, welcher in geschickter Weise einen einstündigen Vortrag über „Bürgerliche Lügen über die Sozialdemokratie“ hielt. Genosse Drefsen führte den Versammelten die Anhänger und Gründer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor Augen, erklärte die Kampfweise unserer Gegner und die Art und den Inhalt ihrer Flugblätter. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Nach Erledigung einiger Gemeindeangelegenheiten schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

**W. Mülln.** Der Reichstagswahlkampf im 10. schlesw.-holst. Wahlkreise treibt recht sonderbare Blüten; die Gegner der Sozialdemokratie sind in einer Weise tätig, wie wir es bisher nicht kennen und das will etwas sagen, wenn man bedenkt, daß in diesem Zwerghwahlkreise 5 Kandidaten, zu welchen noch ein sechster, ein Zentrumskandidat, kommen wird, um den Sieg ringen. Was man nicht mit Gründen machen kann, macht man auf andere Weise. Die Liberalen machen es in ihrer Zeitung, der „Rundschau“, in elegischer Weise und schreiben: „Es ist ein herzlich wohlthuendes Gefühl, das in jedem Besucher einer ländlichen Versammlung aufkommen muß, der beobachtet und seine Empfindungen nicht verschleht gegen den tiefen Eindruck, den die Harmonie des ruhigen und

Besonnenen Charakters unserer ländlichen Bevölkerung mit der ebenso ruhigen wie sicheren nüchternen und warmen Vortragweise des Herrn Dr. Gelfer erweckt und hinterläßt“ usw. Der Antisemit Roth hat ein Flugblatt verbreiten lassen, in welchem nach antisemitischer Art auf die Sozialdemokratie losgehauen und mit den ältesten, hundertmal widerlegten Behauptungen handeln gegangen wird. So wird immer noch behauptet, die Sozialdemokratie habe gegen die sozialen Schutzgesetze gestimmt, weil sie die Arbeiterschaft in der drückendsten Abhängigkeit erhalten lassen will, — die Sozialdemokratie arbeitet mit allen nur denkbaren Mitteln auf die Vernichtung der Bauern, des Kaufmannes, der Handwerker und Gewerbetreibenden, der Handlungsgehilfen und Privatangestellten hin und gegen diese kehrt sich die ganze But sozialdemokratischer Klassenkämpfer. Einer solchen Partei gegenüber kann es nur eins geben: Man muß die Sozialdemokratie bekämpfen, wo man sie findet. — Recht so, Herr Roth, nur wäre dabei zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie sich jedem Gegner stellt, der ernsthaft mit ihr über die Abänderung der unglücklichen Zustände, in welchen sich die breiten Massen des deutschen Volkes befinden, diskutieren will, es aber unter ihrer Würde hält, mit einem Antisemiten zu diskutieren, der weiter nichts als „olle Kamellen“ vorbringen kann. Die Sozialdemokratie soll noch feinerlei praktische Arbeit geleistet haben, um das Los der Angestellten und Arbeiter auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung zu verbessern, so schreibt Herr Roth und dabei weiß Herr Roth, oder sollte es eigentlich wissen, daß die Sozialdemokratie allein bei der Reichsversicherungsordnung über 200 Anträge stellte, die das Los der Arbeiter und Angestellten auf dem Wege der sozialen Gesetzgebung verbessern sollten, die aber von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags einschließlich der Antisemiten niedergestimmt wurden. Kämpfen Sie nur mit solchen Pfaffen, Herr Roth, wir werden die Bevölkerung über die Wirklichkeit aufklären.

**Güstrow.** Wegen Verbrechens gegen das keimende Leben hatten sich vor dem Schwurgericht der Masseur Friedrich Krohn-Rehna, dessen Frau und 15 Mitangeklagte zu verantworten. Nach zweitägiger nichtöffentlicher Verhandlung erging das Urteil dahin: Es erhielten Masseur Krohn und dessen Frau je fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Erbpächter Rath und dessen Frau unter Annahme mildernder Umstände je sechs Monate Gefängnis, Auguste Schneider und Emma Dantert je ein Jahr Gefängnis, Maurer Ernst Fruböse unter Annahme mildernder Umstände acht Monate Gefängnis, Gise Rath und die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Doch wurde die Überweisung der Gise Rath in eine Erziehungsanstalt beschlossen. Von den Freigesprochenen sollen dem Schneidermeister Retting und seiner Ehefrau die notwendigen Auslagen der Verteidigung aus der Staatskasse erstattet werden.

**Friedrichstadt.** Die Sturmflut hat ein Menschenleben gefordert. Die erste Hilfe im Delferfoog vom Wasser Eingeschlossenen wurde durch in Booten über die Eider herbeigeeilte Dithmarscher gebracht. Ein 20-jähriger Knecht aus Westermoor tat sich besonders rühmlich hervor, u. a. rettete er auch die Familie Golling. Als die Menschen in Sicherheit waren, begann er mit der Rettung des Viehs, und als er auch darin schon großes geleistet hatte, hörte er, daß eine Belohnung für die Rettung eines wertvollen Hengstes ausgesetzt sei. Die Rettung gestaltete sich ungemein schwierig, und der Knecht hatte sich derartig überanstrengt, daß er trant nach einer Wirtshaft gebracht werden mußte, wo er an Herzschlag starb, ehe der aus Friedrichstadt gerufene Arzt eintraf. Auf der Strecke von Friedrichstadt bis Bahren ist der Eiderbeich auf schleswiger Seite 16 mal gebrochen, stellenweise auf 120—150 Meter Länge. Es sind sieben Röße vollgelaufen; in einigen Rößen steht das Wasser 8—4 Meter hoch. Es wird lange Zeit vergehen, bis das Wasser wieder abgelaufen ist. Anhaltender Ostwind, und damit niedriger Wasserstand in der Eider ist dazu nötig. Die Lage hat sich in der Drager Bemerkung dadurch verschlimmert, daß der sogenannte Moorbeich zwischen Renter- und Ottenfeld-See in Folge des Wasserdrucks brach, wodurch wieder ein großes Gebiet überschwemmt wurde. Jetzt hält noch ein Mittelbeich zwischen Friedrichstadt und Drage dem Wasser stand; wenn dieser bricht, dann dringt das Wasser auch an Friedrichstadt heran und in die Treeneniederung. Der Bahndamm der Kreisbahn Schleswig-Friedrichstadt ist zwischen Drage und Friedrichstadt unteripült, der Betrieb ist eingestellt, die Züge fahren nur bis Drage. Dienstag mußten auch die niedrig gelegenen Häuser in Hünsmühle und Wegerfoog geräumt werden, weil das Wasser dort immer weiter vordringt. Das ganze Gebiet an der Eider von Friedrichstadt bis Bahren-Erde bildet ein großes Meer. Die Deicharbeiten müssen nun natürlich sofort längs der ganzen Eider und an der Seefeste in Angriff genommen werden. Noch gestern trieben Ochsen und Herde lebend im Wasser umher, es werden noch immer Tiere gerettet; auf einigen hochgelegenen Punkten sieht man 30—50 Stück Vieh eng zusammen stehen. Da sie dort nichts zu freisen haben, müssen die Rettungsarbeiten fortgesetzt werden. Das Wasser ist bis an das Dorf Drage vorge drungen, die äußeren Häuser stehen schon unter Wasser.

**Helgoland.** Sturm schaden. Infolge des Sturmes ist der Nordstrand Helgolands noch mit Schutt und Steinen bedeckt. Sogar das starke Bollwerk wurde zerbrochen und ein großer Streifen in das Meer gespült. Desgleichen hat die Düne schwer gelitten. Geradezu verheerend hat der Sturm beim Reichskriegshafen gewirkt. Das große eiserne Gerüst, das zum Bau der Schutzmauern errichtet ist, wurde vollständig vernichtet. Hier beträgt der Schaden allein etwa 200 000 Mk. Die Mannschaft der im Hafen liegenden Schiffe konnte mit größter Mühe gerettet werden. Ein Schiff wurde gegen die Ostmauer des Hafens geschleudert und zer schellte.

**Emden.** Opfer des Sturmes. Am 8. November wurde in Emden der Emdener Heringslogger „Kosack“ von dem Nordenhamer Dampfer „Nr. 9“ eingeschleppt. Ein Dampflooger hatte den ersten Montag morgen in der Nordsee treibend aufgefunden; er hatte bei dem Sturm in der Nacht vom Sonntag zum Montag alle Segel verloren. Drei Mann der Besatzung waren über Bord gespült. Die Kapitäne beider Logger berichten, daß in der Nordsee viele Masten und sonstige Schiffsteile umherschweben, so daß noch mehr Berichte über Unglücksfälle zu erwarten sind. Der Logger „Brandenburg“ ist in der Nacht zum 6. November in der Nordsee gestrandet. Die Mannschaft wurde von einem englischen Dampfer gerettet und gelandet. — Die Mannschaft des von Hamburg hier eingetroffenen Frachtdampfers „Gms“ berichtet, daß sie in der Nordsee außer vereinzelt treibenden Leichen an einer Stelle allein sieben Leichen in einem Knäuel treibend gesehen habe. Die Mannschaft vermutet, daß es sich um Leute des bei Scharhorn untergegangenen Dampfers handelt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer. G. Sämtlich in Lübeck.

48

95

195

## Voranzeige.

Ab Freitag, den 10. November:

# Grosser Verkauf in Weihnachts-Serien.

Derselbe erstreckt sich auf die gesamten 42 Abteilungen des Geschäftshauses und  
:: bietet enorme Vorteile, insbesondere für Weihnachts-Bedarfsartikel jeder Art. ::

Trotz der enorm billigen Preise verab-  
folgen wir, mit wenigen Ausnahmen,  
auch beim Einkauf von Serienartikeln  
**RABATT-MARKEN.**

## Holstenhaus

G. m. b. H.  
Lübeck.

295

395

Die Arbeiter-Garderoben  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.  
Markt 4  
sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:

Lederhosen	2.20—6.45
Mauerhosen	2.60—6.75
Schlofferhosen	1.88—5.25
Überziehhosen	1.08—2.35
Zwirn-Hosen	1.68—3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade,  
1.28, Rajen, Hemden, Schlachter-  
jacken, Freizeurjacken, Malermäntel  
erstaunlich billig. Mützen von 30  
Bf. bis 1.88 Mk. **Rote Subecam.**

**Ausgekämmtes Haar**  
kauft zu höchsten Preisen  
W. Pusback, Sügstraße 43.

**Sozialdemokrat. Frauen.**

**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, 10. Nov.

abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:  
1. Aberglaube in der Medizin.  
Vortrag von Gen. Zimmermann.  
2. Bürgerchaftswahlen.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Einberufung.

Achtung! Achtung!

**Waldhütte.**

Am Freitag, dem 10. Nov.  
**Großes Auspielen**  
von fetten Gänsen, Rauch-  
fleisch, Karpfen usw.

Hierzu ladet freundlichst ein  
Heinrich Havemann,  
Glashüttenweg 6.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**

**Mitglieder - Versammlung**  
am Freitag, dem 10. November 1911

abends 8 1/2 Uhr.  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen **Nadden** über: **Arbeits-  
losigkeit und ihre Bekämpfung.**
3. Berichterstattung von der Konferenz.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.**

Vorstellung im Neuen Stadttheater  
am Sonntag, d. 19. November 1911,  
nachmittags 3 Uhr.

**Glaube und Heimat.**

Schauspiel in 3 Akten von Karl Schönherr.

Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem  
18. November, abends von 6 1/2 bis 9 Uhr im Gewerkschaftshaus,  
Johannisstraße 50/52.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern  
ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Bilette  
zurückzugeben.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat,  
in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, in den Verbands-  
bureaus und in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins  
zu haben.  
**Der Vorstand.**

Lübecker  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
e. G. m. b. H.

Ordentliche  
**General-Versammlung**  
am Sonnabend, 11. November  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassen-  
bericht vom 3. Quartal 1911.  
Anteilscheine legitimieren.

Lübecker  
**Genossenschafts-Bäckerei**  
e. G. m. b. H.  
P. Pappe. J. Böger.

**Friedrichshof**  
Sonnabend, d. 11. November  
**Großer theatral. Abend.**

Auf vielseitiges Verlangen.  
Das beste Hamburger Volksstück.  
Ungeh. Seiterkeit. Man muß lachen.  
**De Nachtigall ut denn Bäckergang**  
Volksstück in 3 Akten von Dr. Stinte.

Darauf:  
**O düsse Deenstmäkkens.**  
Plattdeutsches Volksstück in 1 Akt  
von Dr. Stinte.  
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.  
1. Platz 50 Pfg. 2. Platz 30 Pfg.  
Karten im Lokal Friedrichs-  
hof zu haben.

**Gasthof Kl.-Mühlen.**  
Am Sonntag, dem 12. Novbr.:  
**Große Tanzmusik**  
wozu freundlichst einladet  
Betty Studd.

**HANSA THEATER**

Deutsch. Gastsp.-Ensemble  
d. Lyceumtheaters, London.  
Ab heute Donnerstag!  
Der Londoner Schlager:  
Das

**Teufels-  
weib.**

Die letzte Sensation aus  
dem Londoner Sittenleben  
von Walter Melville.  
7 Bilder. Neue glänzende  
Dekoration u. Ausstattung.

Walter Melville hat mit  
feinem Geschick das Leben der  
Francis Vere, wie sie sich in-  
folge ihrer skrupellosen Ver-  
brechen aus dem Schmutz zur  
Lord Lady des Millionärs ent-  
wickelt, die jahrelang die ge-  
wiegensten Kriminalbeamten in  
Atem hält, für die Bühne her-  
gerichtet. Das Teufelsweib in  
ihrer Gier, ihr Ziel zu erreichen,  
macht rücksichtslos den Weg  
zur Millionärs-gattin und wird  
dann, wo sie sich endlich sicher  
wähnt, doch von ihrem Schick-  
sal ereilt. In London und in  
den englischen Provinzen hat  
dieses Stück ungeheure Sensation  
erregt und erlebte weit über  
15000 Aufführungen.  
**Vorverkauf bei Sager.  
Vorzugskarten wochentags  
gültig.**

**Stadthallentheater.**

Freitag, 10. November. 8 Uhr.  
**Glaube und Heimat.**

Schauspiel von Schönherr.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Roh, Kohlmarkt 13.

**Neues Stadttheater.**

Freitag, 10. November. 7 1/2 Uhr.  
Volks-Abonn. 48 Freitag-Abonn. 8.  
**Die weiße Dame.**

Romant. Oper von Boieldieu.  
Sonnabend, 11. Novbr. 7 1/2 Uhr.  
**Das Musikantenmädchel.**

Operette von Georg Jarro.  
Sonntag, 12. Nov. Nachm. 3 Uhr.  
1. Volks-Vorst. Jeder Pl. 50 Pfg.  
**Romeo und Julia.**

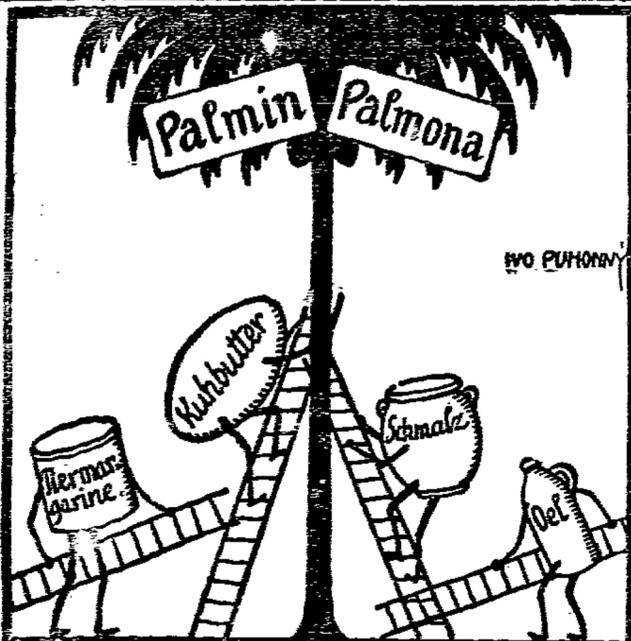
Tragödie von Shakespeare.  
Vorverkauf der Biletts für diese  
Volksvorstellung Freitag u. Sonn-  
abend je 8—9 Uhr abends an der  
Theaterkasse.

Alle Plätze werden ausgelost.  
Die nächste Aufführung von  
**Tantris der Narr**  
findet Montag, 13. Novbr., statt.

**Keine Fleischnot!!**

Pa. jg. Queenfl.	Pfund
Pa. jg. Schweinefl.	60 Pfg.
Pa. Kalbfleisch	Pfd. 50 "
Pa. Schinken	Pfund
Karbonade	70 "
Geschn. Beefsteak	Pfd. 100 "
Gehacktes	" 70 "

22 Fürhäusern 22.



**Sie kommen nicht so hoch hinauf**

in der Gunst des Publikums wie  
**Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-  
Butter-Margarine), die sich jeden Tag mehr ein-  
bürgern sowohl als Koch- und Backfett wie auch  
als Brotaufstrich. — Das beweisen am besten die  
zahllosen Nachahmungen, die gewiß ein be-  
redtes Zeugnis ablegen für die vorbild-  
liche Qualität unserer Produkte.

**H. Schlink & Cie. A.-G.**  
NB. Palmin legt auch „weich“ (schmalzähnlich) zu haben.

## Eine Denkschrift zum Marokko-Abkommen.

Das dem Reichstage zugegangene Marokko-Abkommen enthält nicht ein einziges Wort der Begründung. Lediglich eine Karte ist mit verteilt worden, auf der die neuen Gebiete, die Deutschland bekommen soll, eingezeichnet sind. Aber auch hierzu fehlte jedoch Wort der Erläuterung. Ursprünglich sollte die Marokko-Angelegenheit bekanntlich am Mittwoch im Reichstag verhandelt werden, und, wie bekannt, ist diese Beratung auf den Donnerstag vertagt worden. Am Mittwoch abend bringt nun die „Nordb. Allg. Ztg.“ die Mitteilung:

„Dem Reichstage ist eine Denkschrift des Kolonialamts über die Neuwerbung im Kongogebiet zugegangen.“

Diese Denkschrift war am Mittwoch abend noch nicht im Besitz der Mitglieder des Reichstages, sie ist vielmehr erst in den vorgerückten Abendstunden zur Verteilung gelangt, und zwar, nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bereits einen ausführlichen Auszug darüber veröffentlicht hat. Ganz offenbar ist diese Denkschrift erst am Mittwoch morgen zusammengestellt worden, nachdem am Dienstag im Reichstag, anlässlich der Geschäftsordnungsdebatte, auf die befremdliche Erscheinung hingewiesen worden war, daß dem Reichstage keinerlei Erläuterungen zum Marokko-Abkommen zugegangen sind. Die Denkschrift trägt denn auch den Stempel der Flüchtigkeit nur zu sehr an der Stirne. Man hat es hier mit der ersten Leistung des interimistischen Leiters des Reichskolonialamts, Dr. Solf, zu tun. Herr Dr. Solf hat sich bisher ohne Zweifel um die Marokko-Frage überhaupt nicht gekümmert, und bei der ablehnenden Haltung, die der bisherige Staatssekretär v. Endequitt einnahm, ist es natürlich ganz ausgeschlossen, daß er diese Denkschrift vorbereitet haben könnte.

Was nun den Inhalt der Denkschrift anlangt, so wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Gebietszuwachs ganz beträchtlich ist, und dann fährt die Denkschrift fort:

„Für ein Volk, das sich entschlossen hat zu kolonisieren ist jeder Zuwachs von kolonialem Gebiet mit Freuden zu begrüßen; selbst wenn man zunächst die Frage nach dem wirtschaftlichen Wert dieses Zuwachses zurücktreten lassen müßte. Wer die Kolonialpolitik befaßt, der muß grundsätzlich für jeden Zuwachs kolonialen Gebietes, für jedes Stück kolonialen Neulandes sein.“

Daß der Zuwachs momentan nicht viel wert ist, wird in der Denkschrift angegeben, allein, das soll nichts beweisen, denn die Franzosen hätten für dieses Gebiet nur ganz minimale Aufwendungen gemacht, und infolgedessen sei dieses Gebiet auch immer mehr vernachlässigt worden. Wenn nun ein Teil dieser Gebiete in deutschen Besitz übergeht, so würden einerseits ihre Naturprodukte dem deutschen Markt, vor allem dem deutschen Rautschukmarkt, zuzute kommen; andererseits werde dem deutschen Ausfuhrhandel ein neues Absatzgebiet von beträchtlichem Umfange eröffnet. Vom militärischen Standpunkt sei zu erwähnen, daß, je größer ein Schutzgebiet, es um so leichter sei, die im Lande angeworbenen Soldaten an Orten zu garnisonieren, in denen sie im Falle des Notstandes keine Fühlung mit der einge-

borenen Bevölkerung haben. Nicht unerwähnt dürfe bleiben, daß jedes neu erworbenes Land die Möglichkeit in sich schließt, Mineralische zu enthalten.

Diese Beweisführung ist allerdings unwiderleglich, denn es wird z. B. nicht nachgewiesen werden können, daß die Wüste Sahara keine Erdschätze birgt. Mit einer solchen Beweisführung sollte man aber doch dem deutschen Reichstage nicht kommen, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß die Absicht besteht, den Reichstag direkt zu verhöhnen. Was dann im einzelnen angeführt wird, steht ganz auf der Höhe der allgemeinen Bemerkungen. So wird bezüglich der Schlafkrankheit zugegeben, daß es richtig sei, daß in dem neuen Gebiete diese Krankheit ganz besonders stark grassiere, aber die Erwerbung dieses Gebietes soll nun angeblich die Möglichkeit bieten, der Schlafkrankheit endlich mit aller Energie und allen Mitteln zu Leibe zu gehen. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß Deutschland nunmehr an den Kongo angeschlossen sei. Darin seien ganz bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten zu erblicken, wobei man sich allerdings mit der Tatsache abfinden müsse, daß die weitere rationelle Erschließung der erworbenen Gebiete nicht ohne erhebliche Kosten möglich sein werde. Diese Kosten müßten wir auf uns nehmen, wie wir sie willig und hoffnungstreu für unsere bisherigen Schutzgebiete auf uns genommen hätten. Daß die Franzosen auf der Etappenstraße, die durch das neue Gebiet führt, Stationen anlegen dürften, die ihren durchziehenden Truppen als Stützpunkte dienen sollten, wird nicht in Abrede gestellt, nur wird bestritten, daß diese Stationen besetzt werden dürften. Die Zahlen, die in der Denkschrift angegeben sind, entziehen sich natürlich jeder Nachprüfung; die ganze Denkschrift ist eine Verlegenheitsarbeit, und gerade diese Denkschrift müßte eigentlich erst recht den Anlaß bieten, das ganze Marokko-Abkommen in eine Kommission zu verweisen, um dort die Angelegenheit einer gründlichen Prüfung unterziehen zu können.

## Das Inzizdrama am Stillen Ozean.

Aus New York wird uns geschrieben:

In Los Angeles, der aufblühenden Hauptstadt des südlichen Kaliforniens, ist seit dem 11. Oktober ein Prozeß im Gange, durch den eine kapitalistische Verchwörerbande zwei aufrichtigen Arbeiterführern und damit möglicherweise der amerikanischen Arbeiterbewegung selbst den Strick um den Hals zu legen hofft: der McNamara-Prozeß. Die ersten beiden Wochen des Prozesses wurden jedoch vollständig von dem Kampfe um die Belegung der Geschworenenbank abgelenkt, der vielleicht noch weitere Wochen, wenn nicht Monate in Anspruch nehmen wird.

Die Vorgeschichte des anhebenden Inzizdramas, das für die Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten eine ungeheure Wichtigkeit erlangen mag, mehr noch als die Chicagoer „Anarchisten“-Schlachtere, ist den Lesern der deutschen Arbeiterpresse in ihren Hauptzügen wohlbekannt. Es handelt sich hierbei um die größte Explosion des Geschäftsgebäudes der in Los Angeles erscheinenden „Times“, des Organs des amerikanischen Oberstarmachers. Die Katastrophe forderte bekanntlich das Leben von mehr als 20 braven Arbeitern. Kaum drei Minuten nach Ausbruch des Feuers, als rechtlichaffenerweise noch nicht das geringste

über die wirkliche Ursache des Unheils gesagt werden konnte, sandte der Telegraph nach allen Richtungen der Windrose die Meldung, daß „die Gewerkschaften“ das Gebäude durch Anwendung von Bomben und Höllenmaschinen in die Luft gesprengt hätten, um die darin beschäftigten „Scabs“ zu treffen und den Besizer — der sich gerade in diplomatischer Mission in Mexiko befand — einzuschüchtern. Diese höllische Niedertracht, die man ohne weiteres den Arbeiterorganisationen zur Last legte, wurde den Spießern des ganzen nordamerikanischen Kontinents schon am Morgen nach der Unglücksnacht zur Frühstückslektüre serviert, und das Publikum der „Times“ zu Los Angeles selber laßen jene ungeheuerliche Beischuldigung, während noch die Trümmer rauchten, unter denen die verwundeten und verstümmelten Opfer — lauter Proletarier — begraben lagen; denn nicht weit von dem alten, abgebrannten „Times“-Gebäude entfernt stand bereits fertig und fertig der Neubau des Generals und Zeitungsunternehmers Otis, die mächtigen Pressen waren schon montiert und überhaupt alles bereits soweit in Stand gesetzt, daß der Druck des Blattes gleich in dem neuen Etablissement fortgesetzt werden konnte und die „Times“ ihren Lesern ihr eigenes Unglück in Gestalt einer bodenlos injamen Scharfmacherhege antzischen konnte. Mit Hilfe der aus den übelsten Halunken rekrutierten und in kapitalistischem Sold stehenden Geheimpolizei und ferner mit dem generösen Beistand der reichen Stadtverwaltung von Los Angeles wurde denn auch richtig eine Anklage gegen Sohn McNamara, den Schatzmeister und Sekretär des Eisenbahnerverbandes in Indianapolis, sowie gegen dessen Bruder, James McNamara, konstruiert. Und bald tauchte auch ein neuer Harry Orchard — man erinnert sich dieses Hauptstaatszeugen in dem Schandprozeß gegen Meyer, Kottbome und Haywood, der als überführter Mörder und meinediger Schuft ins Zuchthaus wanderte, nachdem unsere Genossen freigeprochen waren — auf, und zwar in Gestalt eines gewissen McManiaal, der sich gegen gute Bezahlung leitens der „Pinkertons“ bereit fand, „einzugestehen“, daß er selber im Auftrag der genannten Arbeiterorganisation zahlreiche Dynamitverbrechen verübt habe, und der McNamara, den Gewerkschaftssekretär, als seinen Komplizen und direkten Auftraggeber bezeichnede. Und um die Analogie mit dem so schmähvollen und so schmähvoll verkrachten Meyer-Haywood-Prozeß vollständig zu machen, begann nun eine Periode wunderbarer „Fingertakt“ der nach Bomben suchenden Polizisten und Pinkertons, denen man glauben wollte, daß der Eisenbahner-Verband, ausgerechnet sein eigenes Verwaltungsgebäude zu Indianapolis und dessen nächste Umgebung als ein förmliches Dynamitdepot benutzt hätte. Schließlich kam der entscheidende Coup der kapitalistischen Verbrecherbande, nämlich — wieder nach dem Muster des Meyer-Haywood-Falles — die gewalttätige und brutale Entführung der beiden McNamaras aus Indianapolis und ihr Transport nach dem Staate am Pacific, wo die Entführer sicher sein konnten, eine geübte Anklage-Jury und ebensolche richterlichen Schulte zu finden, die willig sein würden, das ihrige zur blutigen Krännung des Werkes zu tun. Und hierin hatten sich die Verchwörer auch nicht geirrt, die sich über die von den Behörden zu Indianapolis gegen sie erhobene Anklage auf widerrechtliche Entführung kaltblütig hinwegsetzen konnten, um-omehr, als auch die Bundesbehörden sich auf Interpellation unseres Kongreß-Abgeordneten Berger den Standpunkt einnahmen, daß der Staat Kalifornien, ganz

## Knut zur Hünde.

Roman von Max Kreyer.

(130. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Da raunte er ihr noch heißer in die Ohren: „Schlimm genug, daß ihr ihn geladen habt. Ich will nicht, daß du dich wieder mit ihm befreundest — mit diesem Filou. Holt ihn dir hübsch vom Leibe, es klebt Schmutz an ihm. Gemüß girt er dir wieder was in die Ohren wie früher.“

Da rechte sich Frau Frobel und wies ihren Sohn in die Schranken. „Rede nicht so was Dummes, Günther. Ich will vergessen, was du gesagt hast.“

Danach wollte sie ihn stehen lassen und erzürnt hinweggehen. Günther jedoch hielt sie bittend fest. „Liebste, deine Mama, ich sehe dich an: geh ihm aus dem Wege. Mein Instinkt laßt es mir, daß er ein schlechter Kerl ist. Er nützt deine Güte aus, weiter nichts. Dann bringt er es mit seinem Frauenzimmer durch.“

Frau Frobels Brust wogte, aber sie nahm sich zusammen. „Und was tust du, mein Sohn? Nichts anderes als er.“

Niemals begriff er seine Mutter so wenig, wie in diesem Augenblick; und aufs neue peinigte ihn die dunklen Vorstellungen, die schon lange sein junges Gemüt bewegten. Weshalb verließ sie ihn jetzt mit Emmerich, weshalb zeichnete sie diesen so öffentlich aus? Sein Horn wuchs, und am liebsten hätte er ihr rückwärtslos seinen Trost zu erkennen gegeben; aber die Gesellschaft um ihn herum bändigte seine Erregung. Dafür gab er seinen Unmut um so deutlicher Emmerich zu erkennen, der plaudernd bei Gertrud stand und gerade die Bitte äußerte, sich ihm in dem Strudel anzuwerten, was er so in der Weite eines alten Don Juans tat, der seine besondere Sprache für junge Mädchen hat. Günther wurde rot, und ohne es für nötig zu finden, ein Wort der Entschuldigung zu sagen, nahm er Gertrud am Arm und tanzte mit ihr die letzten Takte des Walzers.

Emmerich stand wie ein Mamterter da, und als er das helle Lachen des jungen Mädchens hörte, plagte auch ihm ein Lachen heraus, aber es zeigte nicht die Fröhlichkeit der anderen. „Dieser Knabe, dieser Knabe!“ sprach er laut vor sich hin.

„Nun, was ist's denn mit diesem Knaben? Hat er Sie vielleicht geärgert?“ fragte Frau Frobel, die hinter ihm stand.

Der ichone Dedo grunnte weiter. „Geärgert? Wie kann mich jemand ärgern, der schlecht erzogen ist.“

Frau Frobel bewachte ihren Gleichmut. „Sie sind der erste, der ihm das nachsagt, und deshalb ist es ohne Bedeutung. Finden Sie sich doch endlich mit der Tatsache ab, daß er nichts von Ihnen wissen mag.“

„Er haßt mich, das ist sicher.“

In Frau Frobels Schultern suchte es. „Das glaube ich nicht, er möchte Sie nur meiden.“

Emmerichs Erbitterung stieg. „Ich sage Ihnen, er haßt mich; noch schlimmer: er verachtet mich.“

„Dann haben Sie sich das eben selbst zuzuschreiben. Sie wollten ihn in den Sumpf ziehen, und er hat sich beizeiten daegegen gewehrt. Die Jugend hat eben eine feinere Empfindung als das Alter.“

Emmerich lachte ihr ins Gesicht. „In diesem Sumpf setzt er sich ganz allein, meine Verehrte.“ Und es bereitete ihm im Augenblick großes Vergnügen, ihr mitzuteilen, daß er Günthers Beziehungen zu seiner Schauspielerin genau kenne und auch wisse, daß er sie zu heiraten gedenke.

„Ach, reden Sie doch nicht solch dummes Zeug.“ sagte Emmerichne gelassen, obgleich ihr ganz anders zumute war.

„Verderben Sie uns beiden doch nicht den Abend.“

Sie wandte sich von ihm und, tiefe Trauer im Herzen, bemühte sie sich, den Gästen wieder ihr freundlichstes Lächeln zu zeigen. Aber während sie von Gruppe zu Gruppe ging, bald mit diesem, bald mit jenem sprach, dabei lachte und scherzte, schleppte sie ein Gefühl der Leere mit sich herum, in dem sich nur immer wieder der eine Gedanke festsetzte: daß das Gift des Vaters im Sohne lige und daß es ihrer ganzen Kraft bedürfen werde, um es auszurotten, damit der Herrliche von dem Zug nach unten bewahrt bleibe. Und dieser Gedanke peinigte sie so sehr, daß sie jede Gelegenheit wahrnahm, Günthers Verhalten zu Gertrud zu beobachten.

„Nun, ist sie nicht wieder süß?“ fragte sie ihn einmal so nebenbei. „Ich kenne schon ein halbes Duzend Herren, die furchtlos sind.“

„Dann brauche sie ja nur zu wählen.“ erwiderte Günther verstimmt. Und er rief Gertrud ohne weiteres zu sich heran und übermittelte ihr trocken das soeben Gehörte. Die kleine Granie aber wurde keinen Augenblick verlegen, denn sie dachte an das Abkommen, das sie mit Emmerich getroffen hatte. Ihre Augen blitzten, und in das erhitzte Gesicht goß sich neues Blut. „Das ist doch gar nichts Neues.“ sagte sie pomadig. „Ich wundere mich nur, daß es so wenig sind, sonst spannen sich doch immer mehr vor meine Kutiche. Tanten, du hast dich verrechnet. Günther ist doch sicher

nach darunter. . . Nicht? Na, dann kann ich wirklich nicht für deinen schlechten Geschmack. Da ist Leutnant v. Deifers da drüben — Raffe wie ich. Der kann was himmeln, gar nicht mal schlecht. Nimm alles und weiß alles. Dabei ein Frechdachs, aber angenehm. Schwärmt nur für Volkblut und kann Männer nicht leiden, die sich verplempern. Der rote Kragen geht mir ja gegen den Strich — aber Ausnahmestände gelten.“

Sie strich Frau Frobel lieblosend über die Hände und schwebte dann wieder auf den übermächtigen Dragoner zu, der die jungen Damen sehr zu amüsieren schien. In ihrem weiß-grün gestreiften Seidenkleid, das auf Bluse und Nacken den durchsichtigen Hautschmelz zeigte, das glänzende Haar mit Schellen gesteckt, sah sie reizend und verführerisch aus, und wenn sie bewegt wurde, so trug sie das goldene Leben der unbesorgten Jugend mit sich herum. Immer verbreitete sie ihren Mädchenduft, der erst so berauschend wirkte, wenn ungezwungene Worte dabei fielen und lachende Augen die eigene Überflugsheit verspotteten. So bot sie eines der süßen Gesichter, das man bei der allerersten Gelegenheit zwischen die Hände nehmen möchte, um das vorlaute Mädchen durch innige Küsse zu schließen. Günther hatte sie geärgert, und so strafe sie ihn damit, indem sie ihn ein Weibchen links liegen ließ. Einmal mußte er doch verrückt nach ihr werden und, wenn er Zeit dazu haben wollte — sie konnte es aushalten.

„Nimm es nicht übel, Günther, aber du bist ein Esel“, sagte Frau Frobel und gab ihm einen leisen Klaps mit ihrem Fächer.

„Es muß auch solche Esel geben, Mama“, erwiderte Günther mühsam, vergaß aber dabei nicht, den Blick verdächtig auf Gertrud zu werfen.

Er fühlte es wohl, sie hatte so etwas von einer ungezähnten Widerwärtigen, was ihn hätte reizen können, sie einmal gründlich zu händigen. Zu stolz aber, sich ihr wieder zu nähern, drückte er sich unter den anderen Gästen herum, wobei er sich einredete, sich gehörig zu waschen, obgleich noch genug andere hübsche Mädels vorhanden waren, die Wohlgefallen an ihm gefunden hätten und nicht nur aus dem Grunde, weil er einer von den reichen Frobels war. Aber er dachte zu viel an Nina und an das, was sie noch vor einigen Tagen zu ihm gesagt hatte: „Du, verlieb dich nicht in deine Gertrud, sonst gehst du schlecht.“ Seit dem Abend, da er mit der Granie in der Loge gefessen hatte und von Nina gesehen worden war, hatte er sie eifersüchtig gemacht, so daß er sich ihre Gnade nur durch ziemlich große Opfer erkaufen konnte, die ihm aber nicht zu schwer wurden, seitdem Kaiserer Kopplin nichts mehr dazu sagte, wenn er

gleich, ob mit der Entführung der McNamara ein Verbrechen begangen war oder nicht — die beiden Gesangenen nicht herauszugeben brauche.

Alberblugs übten diese ganzen Vorgänge nun auch eine Wirkung, mit der die Pinkertons und ihre kapitalistischen Hintermänner nicht gerechnet hatten: Die Gewerkschaften von Los Angeles wurden durch die sich bereitende Suffizienz vollends ins sozialistische Lager getrieben, und nicht nur in Kalifornien, sondern im ganzen Lande begannen die organisierten Arbeiter ihr Augenmerk auf das Klassenkampf-Drama am Stillen Ozean zu richten und sich der ihnen drohenden allgemeinen Gefahr bewußt zu werden. Insbesondere haben natürlich unsere Parteiengenossen in ganz Amerika das ihrige getan, um die Pläne der Verschwörer zunichte zu machen. Überall im Lande erhoben sich die Arbeiter zu Protestkundgebungen, große Geldsummen wurden zur Verteidigung der verfolgten Arbeiterführer gesammelt, und die öffentlichen Umzüge am diesjährigen Arbeiter-Feiertage standen allerorten unter dem Zeichen des McNamara-Falles. Die Verteidigung vor Gericht wurde einem Stabe hervorragender Anwälte anvertraut, an deren Spitze der Chicagoer Rechtsanwalt Darrow steht, der seinerzeit auch Moyer, Haywood und Pettibone verteidigte. Er hofft, einmal ein vollständiges Alibi für die McNamara herzustellen zu können, und wird im übrigen nachweisen, daß eine Dynamitexplosion überhaupt nicht vorgelegen habe, sondern daß es eine Gasexplosion war, die das Gebäude und damit so viele Arbeiterleben vernichtete. Dieser Beweis wird sowohl durch direkte Augenzeugenberichte wie auch durch die Vernehmung von Sprengstoff-Experten, teilweise aus Europa zitiert, geführt werden. Von Arbeiterseite wird darauf hingewiesen, daß die Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer berechtigt sein würden, Schadenersatz zu beanspruchen, falls wirklich, wie es den Anschein hat, eine durch verbrecherische Fahrlässigkeit des Generals Otis oder seiner Leute herbeigeführte Gasexplosion das furchtbare Unheil verschuldet haben sollte. Da liegt es nahe, anzunehmen, daß Otis und Kommandanten den Schwindel einer Dynamitexplosion ausgeheckt haben, um der Zahlung von Entschädigungen zu entgehen und zugleich einen Vernichtungsfeldzug gegen die Gewerkschaften inszenieren zu können. Mag aber der Prozeß ausgehen, wie er will — die Arbeiterklasse Amerikas ist von der Unschuld der McNamara überzeugt, einerlei, wie die korrupte amerikanische Klassenjustiz „urteilt“.

Der Raubkrieg.

Bei Tripolis ist es in den letzten Tagen wieder zu kleineren Scharmützeln gekommen. Am Sonntag nachmittag fand ein Gefecht um Tripolis statt, und zwar bei Sarratschal. Der linke Flügel der Italiener wurde zurückgedrängt. Die türkischen Kanonen sind in Sokra und Masri eingegraben, 200 Meter von der italienischen Linie, und beschießen aus einer Palmendeckung die Italiener und auch die italienischen Kriegsschiffe. Zahlreiche Geschosse flogen in die Stadt, die beschädigt wurde, u. a. auch die italienische Post, das Kasino, das Militärkommando und ein Privathaus. Das Fort Henni ist noch immer von den Türken besetzt.

Nachrichten aus Tripolis besagen: Die Türken sind hart an die Zitadelle vorgedrungen, nachdem sie die Kanonierekaserne und das große italienische Munitionslager in Dhami Terhje genommen hatten.

Die Pforte erklärte den Mächten, daß sie gegen die italienische Annexionserklärung schärfsten Protest einlege und hiergegen, solange die Türkei befehle, protestieren werde.

Die Italiener haben wieder eine Gemeinheit begangen. Der Afrikanischer Gottlob Adolf Krause, der sich insbesondere mit dem Studium der Negerprachen beschäftigt, telegraphierte der „Kölnischen Zeitung“ aus Dicherba unterm 8. November: Mein Haus in Tripolis ist, während ich abwesend war, von den Italienern gewaltiam erbrochen worden. Alle wissenschaftlichen Manuskripte und Bücher, 30 000 Lexikonsettel beschriebenen, truchterartige Manuskripte, Gram-

matiken und Wörterbücher bisher unbekannter zentralafrikanischer Sprachen sind chaotisch durcheinandergeworfen und fortgeschleppt worden. In der Nähe des Hauses lag auf der Straße ein Buch von Karl Meinhof, die Grundzüge der Lautlehre der Bantusprache, das wissenschaftliche Fußge, das Ergebnis jahrzehntelanger Reisen und Forschungen in Zentralafrika, enthielt. Was vernichtet, beschädigt und fortgeschleppt worden ist, ist unmöglich augenblicklich festzustellen. Ich besaß die größte existierende Sammlung von Haussa-Manuskripten und wertvolle arabische Manuskripte aus Zentralafrika. Bisher habe ich keine Spur davon gesehen. Es ist mir unbekannt, ob sie verschwunden sind. Das Haus in der Vorstadt Nagara liegt außerhalb jeder augenblicklichen kriegerischen Aktion.

In der gestrigen Sitzung der türkischen Kammer antwortete der Minister des Äußern Assim Bei auf die Interpellation betr. die italienischen Grausamkeiten in Tripolis. Der Minister erklärte: „Die ersten Nachrichten über die Grausamkeiten der Italiener, die von der Presse gebracht wurden, wurden durch amtliche Berichte bestätigt. Die Pforte hat am 1. November an die Mächte eine Protestnote gegen die Grausamkeiten, die für Italien einen unauflöslichen Schandfleck bedeuten, gerichtet und gebeten, dem ein Ende zu machen. Am 3. November hat die Pforte eine neue Protestnote an die Signatarmächte der Haager Konferenz gerichtet. Es ist zu hoffen, daß dieser Schritt Entgegenkommen finden und den Grausamkeiten der Italiener ein Ende machen wird, die in der ganzen zivilisierten Welt lebhaft Empörung hervorgerufen haben. Inzwischen werden wir, so schloß der Minister unter den Beifallsrufen der Kammer, furchtlos unser Gebiet gegen den Feind verteidigen. Die zivilisierten Nationen haben das Urteil über Italien gefällt.“ Die Kammer fand die Erklärungen des Ministers für ausreichend. Der frühere Minister Talaat rief unter dem Beifall der Kammer: Tod und Verderben den Barbaren! Hodja Said verlangte, daß die Regierung alle Italiener unter Befolgung der gelegentlichen Modalitäten ausweise.

Die Revolution in China.

Auch Nanking ist zu den Revolutionären übergegangen, da die Regierung dem Vizekönig die Anweisung erteilt hatte, den Aufständischen keinen Widerstand zu leisten. Der Tatarengeneral Tu anfang zögerte aber, obgleich die zu Gebote stehende Truppenzahl von 4000 Mandchusoldaten ungenügend war, um den Platz zu verteidigen, und übergab die Stadt erst, nachdem aus Peking weitere Instruktionen eingetroffen waren. — Die Aufständischen haben die Station Wongtungting der chinesischen Sektion der Ranton-Kaulun-Bahn angegriffen. Sie beschlagnahmten die dort lagernden Vorräte an Waffen und Munition. Ebenso wurden die Stationen Seilong, Poko und Santichun angegriffen und die Zollgebäude zerstört. Den Fremden ist kein Schaden zugefügt worden.

Londoner Blättern wird aus Peking gemeldet: Ein Teil der 20. Division, die bereits auf dem Wege nach Hankau war, um sich der Armee des Generals Tuanshikai anzuschließen, hat kehrt gemacht und ist bereits bis 5 Meilen von Peking entfernt angelangt, um den General Wu an den Mandchus zu rächen. Bei Hoi hat man vollständig den Kopf verloren. Gestern sind einige Regierungsgebäude in Peking von Rebellen niedergebrannt worden. Es wird offiziell bekannt gemacht, daß Tuanshikai den Truppen befohlen hat, den Kampf einzustellen. Seit einigen Tagen ist auch kein Schuß mehr in Hankau gefallen.

Dienstag nacht verließen ungefähr hundert Wagen Peking, um Jehol zu erreichen. Heute morgen sind zweihundert berittene Mandchus in der gleichen Richtung aufgebrochen. Die Chinesen vermuten, daß es sich um eine vorausgeschickte Abteilung handelt, die den Weg für die Flucht des Hofes vorbereiten soll.

„Nette Moral oder sozialdemokratische Moral.“ Bei mir ist ein Artikel, den die fasssam bekannte „Reichsverbandskorrespondenz“ in die Welt gehen ließ, um wieder einmal die Sozialdemokratie zu vernichten. In diesem Geschreibsel wird die Tatsache festgestellt, daß der Redakteur des „Hessischen Volksfreunds“ in Darmstadt, Genosse Wilhelm Knoblauch als Schriftführer einen wöchentlichen Lohn von 29.07 Mark bezieht, während seine Repräsentationsgelder und sonstiges seiner Frau zehlet. Nun habe Gen. Knoblauch den zweiten Geschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Dr. Ludwig in Berlin, beleidigt, sei zu 150 Mk. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt worden. Die 150 Mk. habe der Genosse nun bezahlet, während er die Prozeßkosten für die drei Instanzen (Knoblauch ließ die Sache bis ans Oberlandesgericht gehen) den Kläger bezahlet lieh. Das sei um so schlimmer, als Knoblauch den Kläger dadurch beleidigt habe, daß er gegen ihn ausfallend wegen eines Buches gemordet sei, das er (Knoblauch) garnicht gelesen habe. Der ganze Artikel ist dann in der bekannten „anständigen“ Art des Reichsverbandes aufgepußt. Zunächst muß festgestellt werden, daß sich der Beklagte absolut nicht gewelgert hat, die Kosten zu bezahlen und wenn der reichsverbandlerische Anwalt Hallwachs in Darmstadt in seinen Akten nachsehen wollte, müßte er ein Schriftstück finden, in dem sich Knoblauch bereit erklärte zu zahlen, jedoch betonte, gegenwärtig dazu nicht in der Lage zu sein. Es scheint aber bei dem Herrn Anwalt die Ansicht vorherrschend zu sein, daß es Leute ohne Geld garnicht geben könne. Das Schreiben wurde garnicht beachtet und einfach zur Pfändung geschritten, die aber resultatlos verlaufen mußte, weil sich der Gerichtsvollzieher an dem Eigentum schadlos halten wollte, das den Beklagten nichts anging. Abirgens wird auch noch darauf verwiesen, daß man dem Beklagten einen Kassehund mit einem Wurf Junge geschenkt habe, der Erlös aber nicht die Verheigerungskosten gedeckt habe. Dafür kann doch aber der Beklagte nicht verantwortlich gemacht werden. Die Mitglieder des Reichsverbandes hätten den Hund ja kaufen können, um so ihre Hauptkasse schadlos zu halten.

Darf der Ausschluß aus der Partei veröffentlicht werden? Auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins Augsburg wurde seinerzeit durch einstimmigen Beschluß des Gauvorstandes für Südbayern der Friseur Rebele aus der Partei ausgeschlossen. Dieser Ausschluß, der durch alle Parteinstanzen bestätigt worden ist, wurde unter Angabe der zum Ausschluß führenden Gründe in der „Schwäbischen Volkszeitung“, dem Parteiorgan für Augsburg, bekanntgegeben. Gegen diese Bekanntgabe wandte sich nun Rebele und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Simon, Strafantrag wegen Beleidigung und Geschäftsschädigung. In der vor dem Schöffengericht Augsburg durchgeführten Verhandlung wurde nun der Beklagte freigesprochen, nachdem ihm das Gericht den Schuß des § 193 — Wahrung berechtigter Interessen — zugesprochen hatte. Rebele, gegen den wegen beleidigender Äußerungen Widerklage erhoben worden war, wurde zu drei Mark Strafe und Tragung der sämtlichen Kosten verurteilt.

Kommunalwahlfrage erfochten unsere Genossen in Eilenburg, trotzdem der Reichsverband die Wahlagitator für die vereinigten bürgerlichen Gegner betrieb. Weiter wurden in Sangerhausen bei der Gemeindevahl sämtliche 5 Sitze von der Sozialdemokratie erobert. Einen Sitz hatte die Sozialdemokratie zu verteidigen. In Arttern unterlagen unsere Kandidaten bei erstmaliger Beteiligung mit 6 Stimmen Minderheit.

Gewerkschaftsbewegung.

Schutz den Zelluloidarbeitern. Die Vorstände der Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder hatten im Vorjahre eine gemeinsame Petition an den Reichstag gerichtet; in dieser wurde um Erlass einer Bundesratsverordnung ersucht, um die in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter gegen die in jener Industrie besonders bestehende Brandgefahr zu schützen. In der Petitionskommission wurde die Sache am Anfang dieses Jahres behandelt und beschloffen, die Petition, soweit sie eine Bundesratsverordnung verlangt, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu empfehlen, die übrigen Punkte aber dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die Unternehmer der Zelluloidindustrie hatten eine Gegenpetition an den Reichstag gerichtet. Diese wurde ebenfalls dem Reichskanzler als Material überwiesen. Die kolossale Feuergefährlichkeit der Zelluloidbetriebe ist gerade in letzter Zeit bei Brandkata-

einen Ton nach dem anderen empfing. Das war so ein Kästel, das er sich nicht erklären konnte, worüber er sich aber nicht weiter den Kopf zerbrach.

Endlich hörte er Edda auf, die sich sofort an seinen Arm hing und ihn nicht mehr losließ mit der Bitte, doch einmal mit ihr zu walzen. „Du tanzt so schön und so leicht — komm doch“, bat sie und klappte die Augen flehentlich zu ihm auf, denn er schien ihr höllisch ernst zu sein. Und sie wußte: in dieser Stimmung hatte er seinen Kopf für sich und wollte mit Gewalt erheitert sein.

Werkwändig rasch war er umgewandelt. „Ja, mein Liebling, du bist noch die Beste von allen“, sagte er fröhlich und wußte ihr in das hochige Haar hinein, was er oft zu tun pflegte. Und wollte er ganz der liebe Bruder sein, so legte er das eine Auge auf ihr Ohr und ließ die lange Summer hinein spielen, was dann immer einen Schmetterling vorstellte sollte, der dort herumtrabbelte. Manchmal trübte sie dieses Spiel auch, indem sie Auge auf Auge legten, was sie noch von ihrer Kinderzeit her hatten, denn damals lachten sie noch mehr darüber als jetzt. Heute störten sie aber die fremden Menschen, und so ließen sie es lieber hübsch sein.

Dafür aber sagte sie aber herzlich: „Du, wußte mir doch einmal über's ganze Gesicht, mir ist förmlich heiß. Gleich ich nicht wie ein Leuchtfeuer? ... Ich glaube, ich habe einen kleinen Schwitzweg, ich habe zu viel Wein getrunken. Ähonor Erlauben Sie mir, ich fortwährend mit mir an, und dann pumpte er wieder das Glas voll. Dieser Schwitzweg. Und ein Zeug hat er gequatscht — ich sage dir. Und damit ich darauf nicht zu antworten brauche, nahm ich einen Schluß nach dem anderen. Herrje, war mir —!“ Und sie schickte los, so daß sie Günther wirklich etwas komisch vorkam.

Ihr Tischnachbar, von dem sie sprach, war ein Freund des Atehen, ein dunkler Schwärzer und Korrekter, der die Gewohnheit hatte, alle Augenblicke mit den Worten „Glauben Sie bitte“ ins Wort zu fallen, was ihm zu diesem Schwitznamen verhelfen hatte, den besonders die Mädchen, vor allem aber Annemarie mit Vergnügen anwandten. Die Jüngste war zur bei der Tafel gewesen; dann hatte man sie zu Bett geschickt, was natürlich ohne Mantel nicht abgegangen war. Dafür hatte ihr Edda das Versprechen geben müssen, sich für sie „mit zu amüßeren“, was natürlich aus

Ärger ipöttisch gemeint war. Annemaries Meinung nach war es ja immer so: wenn es am gemüthlichsten wurde und wenn man von den jungen Herren etwas hätte aufschneiden können, dann wurde sie fortgeschickt. Na, das würde sich ja im Leben auch einmal ändern, wenn sie erst älter wurde und alle um sie herum waren, wie jetzt um die hübsche Gertrud. Dann wollte sie es ihnen aber besorgen, besonders Gerhard, der ihr immer vorhielt, daß sie so viel piepste. Der! Als ob der viel vor ihr voraus hatte! So dumm lachte sie schon nun gar nicht, und so kindisch würde sie sich in seinen Jahren gewiß nicht benehmen. Papa hatte es ihr gesagt, wenn er sie keine kleine Schmeicheltage nannte, und der mußte es wissen.

„Denkst du, sie kann schon schlafen?“ plauderte Edda weiter. „Sehen erst war ich hinten bei ihr, und da fing sie an zu heulen. Sie ist wieder furchtbar nervös; und zerbrechlich ist sie wie Glas. Es wird Zeit, daß sie Lastveränderung bekommt.“

In übrigen war sich auch Edda bis jetzt sehr verkrümmelt vorgekommen, wie immer an einem solchen Abend, wenn sie all die schönen Frauen und Mädchen beobachtete, die Hals und Schultern frei zeigen konnten. Sie aber mußte stets in geschlossenen Kleide gehen, und auch dann noch hatte sie das Gefühl, sie trage ihre körperlichen Mängel entblößt zur Schau. O, wie beneidenswert waren die Menschen, an denen nichts Schiefes und Krümmes war, vor allem aber nichts Amergartiges, wie bei ihr, nicht so etwas verkrümmeltes und Vertrocknetes, worüber die Herren lächeln mußten. Was nützte da die schönsten Augen, die schönsten Zähne und das schönste Haar; und was nützte da auch Klugheit, das beste Herz und das viele Geld! Man war und blieb doch nur ein „Püppchen“, ein recht verschobenes sogar, wenn man sich auch dagegen auflehnte, so benannt zu werden.

Und deshalb war es eben eine wahrhaftige Freude, wenn auch eine eigennützige, einmal so mit dem hübsch gewachsenen Bruder über das Parquet dahinschliefen zu können, denn der tanzte aus Liebe und nicht so mit den niederträchtigen Gedanken der anderen Herren, die bei sich dachten: Na, dann mal rum mit der! Anstandspflicht muß sein. Sonst wird man am Ende nicht mehr geladen. Aber vorsichtig mit dem Porzellan, sonst gibts Scherben.

Ja Püppchen Edda mußte das, denn sie hatte solche

Dinge einmal belauscht; und daher hatte sich der Welt-schmerz frühzeitig in ihr reiches Seelchen festgesetzt.

„Komm, Günther, führ mich ein bißchen herum, ich bin so stolz auf dich. Nun werden sie mich gewiß einmal beachten, all die aufgeblähten Menschen hier.“

Und der große Günther fand das so rührend, daß er sie am liebsten auf seine Arme genommen hätte, was aber nicht gut anging und wogegen sie sich auch entschieden gewehrt haben würde. So begnügte er sich denn damit. Selte an Seite mit ihr herum zu stolzen. Sie gingen aus einem Zimmer in das andere und schritten auch schließlich die Wendeltreppe hinauf zum zweiten Stockwerk, wo sich in Glaskästen die Münzensammlung des Vaters befand, der gerade dabei war, mit großer Wichtigkeit einer Anzahl Gäste die Schaustücke zu erklären. Während man die üblichen Worte der Bewunderung hörte, die seine krähenbe Stimme dann wieder durchschneit, vernahm man von unten herauf die fade Musik und das schwache Scharren der Tanzenden; dazu das Stimmengewirr einer lustigen Gesellschaft, überdient von durchdringenden Worten und hellen Lachen. Und dann ächzte wieder die Treppe und leuchtende Schultern in duftendem Kleide ließen sich sehen; bis dann schwere Tritte die Stufen erbeben machten, als käme ein Riese herauf, und Emmerichs Künstlerkopf sichtbar wurde.

„Si, was für neuer Glanz, was für neuer Reichtum in diesem alten und edlen Kaufmannshaus! Seine Augen tranken förmlich das blanke Gold der Schaustücke, und je mehr sie ihm entgegenblitzten, je mehr raunte der andere in ihm: „Du bist zu billig, viel zu billig und bescheiden.“ Laut aber dröhnte seine Stimme über die Kostbarkeiten hinweg: „Herrlich! Herrlich! Ein Meister der Sammellekunst sind Sie, ein König in Ihrem Reiche.“ Bei sich aber dachte er: Ein Idiot bist du, ein heillos Idiot.

„Ich mag ihn nicht, er bildet sich zu viel ein.“ sagte Edda zu Günther, als sie bemerkte, wie der Sänger das große Wort führte und so tat, als verstünde er von all diesen Dingen etwas. „Glaubst du wirklich, daß Mama mal in ihn verschaffen war?“

„Dann war es doch jedenfalls nur eine Verirrung, Schwesterchen.“

(Fortsetzung folgt.)

Frage in diesen Fabriken bekannt geworden, sodaß hier weitgehende Arbeiterschutzbestimmungen absolut notwendig sind.

**Lohnbewegung der Kellnerinnen in München.** Im Dezember 1910 und Januar 1911 wurde durch den Verband deutscher Gastwirtschaften mit mehreren Gastwirten ein Tarifvertrag abgeschlossen. Bei zwei Gastwirten kam es zu einer Arbeitsniederlegung. Die Entlohnung der Kellnerinnen ist äußerst schlecht. Lohn wird fast nirgends gezahlt, oder es werden den Kellnerinnen einige Mark pro Monat bezahlt, gerade so hoch, daß es zum Abzug für Krankenz- und Invalidenversicherungsbeiträge ausreicht. Die Arbeitszeit ist bekanntlich sehr lang, und das Trinkgeld, die einzige Einkommensquelle, hat in den letzten Jahren bedeutend nachgelassen. Dagegen werden unerhöht hohe Abgaben verlangt. Die Kellnerinnen haben Pruch- und Kugelhüter zu bezahlen. In vielen Fällen wird pro Tag 60 Pf. und darüber von der Kellnerin verlangt. Nichtbestoweniger müssen zerbrochene Sachen extra bezahlt werden. Für Benutzung der Toilette und der Garderobe wird von den Kellnerinnen nicht selten Bezahlung verlangt; die Bier- und Wassermädchen haben sie mit 1 Mk. bis 1,50 Mk. pro Tag zu bezahlen. Die Kellnerinnen haben Zeitungen und Wochenschriften auf ihre Kosten zu halten. Die auf den Tischen stehenden Blumen werden von den Trinkfacbern der Kellnerinnen bezahlt. Ein ganz kindiger Restaurateur ging sogar dazu über, seine Service zu vermieten. Um endlich einmal diese verwerflichen Lohnverhältnisse zu regeln, unterbreitete die Organisation den in München bestehenden Wirtevereinen einen Lohnentwurf. Es werden als Lohn — wenn von Lohn überhaupt gesprochen werden kann — ohne Kost 25 Mk. verlangt. Aber selbst das war den Wirten noch zu viel. Verhandlungen, die nachgesucht wurden, schleppten sich den ganzen Sommer hin. Ein Wirteverein schloß mit dem Verbandsverein einen auf ein Jahr gültigen Tarif ab, während sich die anderen weigerten, einen Tarif abzuschließen, darunter sind auch jene, die schon im vorigen Jahr beitreten wurden. Der Verband der Gastwirtschaften macht den Vorschlag, das Einigungsamt anzurufen, auch diesem Vorschlag hat die Mehrzahl der Wirte nicht zugestimmt, so daß es in nächster Zeit zur Arbeitseinstellung kommen kann.

**Erfolgreich beendete Lohnbewegung der Mainzer Straßenbahner.** Seit Januar dieses Jahres standen die Mainzer Straßenbahner in einer Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit. Die bisherige durchschnittliche Arbeitszeit betrug täglich 10 Stunden. Gefordert wurde die neunstündige tägliche Arbeitszeit. Die Erledigung der Forderung wurde aber von der Direktion und der Bürgermeisterei unausgesetzt verschleppt. Die Situation hatte sich daher schon erheblich verschlechtert. Die Arbeiterauschussmitglieder hatten bereits schon ihre Ämter niedergelegt, und die Direktion hatte es abgelehnt, mit einer gewählten Kommission und dem Gewerkschafts-Verbandes zu verhandeln. Im letzten Augenblick ordnete aber die Bürgermeisterei die Wahl einer neuen Kommission an, mit der dann verhandelt wurde. Die Bürgermeisterei gestand dabei eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag zu. Die Kommission berichtete dann in einer überfüllten Versammlung über den Gang der Verhandlungen, dem eine sehr lebhafte Debatte folgte. Schließlich gelangte eine von der Verbandsleitung unterbreitete Resolution zur Annahme, in der gesagt ist, daß das Personal zunächst mit dem gemachten Angebotslohn vorlieb nehmen will, grundsätzlich aber auch weiterhin an der Forderung der neunstündigen täglichen Arbeitszeit festhält. Weiter wird verlangt, daß jeder achte Tag dienstfrei sein soll, während bisher nur jeder zehnte Tag frei ist. Die halbstündige Verkürzung ist bereits mit dem 1. November in Kraft getreten und kommt etwa 150 Mann zugute.

## Die süddeutsche Regierung im Dienste der Scharfmacher.

Wir konnten vor kurzem einen Erfolg des Vereins Süddeutscher Baumwollindustrieller und des Verbandes Süddeutscher Textilindustrieller melden. Auf eine Eingabe hatten die Regierungen zu Bayern, Württemberg und Baden geantwortet, daß einer von den genannten Scharfmacherorganisationen vorgelegten Bestimmungen der Arbeitsordnung, betr. die Zulässigkeit von Lohnabzügen, nichts im Wege stehe. Die Regierungen hatten die ihr untergeordneten Organe angewiesen, gegen die neuen Bestimmungen Einwendungen nicht zu erheben. Da die geplanten neuen Bestimmungen der süddeutschen Textilbetriebe die Position der Arbeiter sehr zu verschlechtern geeignet waren, und außerdem gegen zwingende Bestimmungen verschiedener Verträge verstießen, wandte sich der deutsche Textilarbeiterverband beschwerdeführend an die in Frage kommenden Landesministerien. Die Antworten der Regierungen liegen jetzt vor. Zunächst werden durch die Antwort die vorgelegten Bestimmungen jetzt in ihrem Wortlaut bekannt. Von allgemeinerem Interesse ist das folgende:

„Bei schlechter und aus Abicht oder Fahrlässigkeit verborbener Ware wird nur ein entsprechend geringerer Lohn verdient.“

Mit dem Wort „verdient“ glauben die Unternehmer dem § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Schnippen schlagen zu können. Es war ihnen in vielen Fällen recht schwer gemacht worden, oft war es ihnen unmöglich infolge der Rechtsprechung der Gewerbegerichte und vieler ordentlicher Gerichte, den Arbeitern die sogenannten Vergütungen in Höhe von 20 bis 50 Mk. allmählich vom Lohn abzuziehen. Der § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gestattet keine Aufrechnung. Bei der neuen Fassung der Arbeitsordnung wird nichts mehr abgezogen, es wird weniger „verdient“. Gegen diesen merkwürdigen Versuch zwingende Rechtsbestimmungen zu umgehen, hatte keine der süddeutschen Regierungen etwas zu erinnern. Auch heute ist das noch nicht der Fall.

Die Württembergische Regierung sagt in ihrem Bescheid: Das Ministerium hat hierauf am 16. Juni 1910 eine sachliche Stellungnahme zu den gemachten Vorschlägen in der Erwägung abgelehnt, daß über die privatrechtliche Zulässigkeit der von den Vereinen vorgelegenen Bestimmungen nicht von den Verwaltungsbehörden, sondern von den Gerichten zu entscheiden ist, die hierbei an dem Inhalt der Arbeitsordnung nicht gebunden sind. Es kam dabei auch in Betracht, daß die Frage, ob Vorschriften der bezeichneten Art mit den gesetzlichen Bestimmungen der §§ 1 und 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes und des § 394 B. G. B. vereinbar sind oder nicht eine sehr bestrittene ist (zu vgl. zu B. v. Rändmann, Gewerbeordnung, 5. Aufl., Bd. 2, S. 135 f., vgl. mit S. 321 f.), und daß nach dem geltenden Recht die Verwaltungsbehörden weder zu einer Genehmigung noch zu einer Bestätigung der Arbeitsordnungen berufen sind. Von dieser Stellungnahme des Ministeriums wurde den untergeordneten Verwaltungsbehörden in wesentlicher Übereinstimmung mit den gleichartigen Bescheiden der bayerischen und badischen Regierung, an die sich die Industriellenverbände gleichfalls gewandt hatten, unter dem Anfügen Größung gemacht, daß hiernach nichts dagegen zu erinnern sei,

wenn die in der angeführten Fassung in die Arbeitsordnungen aufgenommenen Bestimmungen weiter nicht beanstandet werden, daß aber mit der Unterlassung einer Beanstandung nicht zugleich die unbedingte privatrechtliche Gültigkeit jener Bestimmungen anerkannt werde, und daß die Arbeitgeber gegebenenfalls auf die bestrittene privatrechtliche Gültigkeit derselben aufmerksam zu machen sind. Eine Abschrift des bezüglichen an die Oberämter ergangenen Erlasses wurde dem Verein Süddeutscher Baumwollindustrieller zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Bischof.“

Ähnlich lauten die Antworten der anderen Regierungen. Weil die Frage, ob Vorschriften der bezeichneten Art zulässig sind, sehr bestritten ist, hat die Regierung nichts gegen die neue Arbeitsordnung einzuwenden. Damit stellt sich die Regierung auf die Seite derjenigen, die die Wohltaten des § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch jesuitische Interpretationen eskamotieren wollen. Die Regierung zitiert Landmann. Bei Landmann findet sie auf Seite 356 Band 2 abgedruckt aus den Motiven, daß die Verwaltungsbehörde zu prüfen hat, ob die Arbeitsordnung vorchriftsmäßig erlassen, ob sie vollständig ist und ob sie keine Bestimmungen enthält, die mit gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch steht. Auf Seite 357 wird dasselbe wiederholt. Die Arbeitsordnung ist auf Inhalt und Gesetzmäßigkeit zu prüfen. Es ist also nicht richtig, wenn die Regierungen sagen, daß die Verwaltungsbehörden nach dem geltenden Recht weder zu einer Genehmigung noch zu einer Bestätigung der Arbeitsordnungen berufen seien. Die Behörden können beanstanden. Landmann verneint das Recht der Aufrechnung gegen den Lohn, wenn der Lohn von Arbeiter am Lohnstag eingefordert wird. Er bezeichnet als unzulässig, Lohnabzüge wegen Darlehens, Bürgschafts-, Schadenersatz- u. m. Forderungen machen zu dürfen. „Eine notwendige Konsequenz des § 394 B. G. B., der den Arbeitern den notwendigen Lebensunterhalt sichern will, dürfte die Unzulässigkeit der Ausübung des im § 273 B. G. B. geregelten Zurückbehaltungsrechts der unpfändbaren Lohnforderung gegenüber sein. Würde das hier stattfinden, so wäre der § 394 für den Arbeiter regelmäßig in den Fällen konnexer Gegenforderungen wertlos, die Zurückbehaltung aber nur eine verschleierte Aufrechnungserklärung.“ Der § 394 ist zwingend. Die süddeutschen Regierungen hatten die Pflicht, trotz sonderbarer Urteile mancher Gerichte, die gegen diesen Paragraphen verstößenden neuen Arbeitsordnungen zu beanstanden. Sie haben es nicht getan und wollen es nicht tun. Jetzt wird der Verband feststellen, ob der Reichskanzler die Verletzung von Reichsgesetzen zuläßt oder nicht.

## Angestellte und Arbeiter.

Im Juni 1911 fand in Dresden der achte Kongreß der freien Gewerkschaften statt, auf dem unter anderem ein Vortrag über die Privatangehörigen im Wirtschaftsleben gehalten worden ist. Das haben die Führer des Bundes der technisch-industriellen Beamten zum Anlaß genommen, eine heftige Agitation gegen das Zusammenarbeiten der Angestelltenverbände mit den Arbeitergewerkschaften zu entfalten.

Dieses Verhalten der Bundesführer mußte überraschen. Bisher hatten sie eine solche Agitation gegen ein dauerndes Zusammenarbeiten mit den Arbeitergewerkschaften nicht betrieben, und man hätte sie von ihnen, die ja sehr fortschrittlich sein wollen, um so weniger erwarten sollen, als ja nicht nur der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen, sondern auch weniger radikale Richtungen der kaufmännischen Angestellten, wie zum Beispiel der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, mit Arbeiterorganisationen in Verbindung getreten sind. Natürlich haben diese Angestelltenverbände ihre Selbstständigkeit streng gehahrt: sie wollen und brauchen sich von den Arbeitergewerkschaften keine Vorschriften machen zu lassen; sie wollen nur im beiderseitigen Einverständnis zusammenarbeiten.

Auch Vereine der technischen Angestellten sind mit Arbeitervereinen in dauernde Verbindung getreten. Wir sehen also, daß die Angestellten schon längst Anschluß an die Arbeiterbewegung gefunden haben, natürlich immer bei der Richtung, die ihrer Weltanschauung am meisten entspricht. Wir sehen daraus, daß die Angestellten nicht samt und sonders dem Grundlag huldigen, sie dürften nicht mit Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, weil das ihrer Würde nicht entspreche. Der Verein der deutschen Kaufleute ist zwar förmlich aus dem Verband der deutschen Gewerksvereine (Ditsch-Duncker) ausgetreten, aber nicht deshalb, weil er die Mitarbeit mit Arbeiterverbänden verschmäht, sondern vor allem, weil ihm die Haltung des Gewerksvereinsverbandes in sozialpolitischen Dingen zu reaktionär war.

Wie kommen nun die Führer des Bundes der technisch-industriellen Beamten dazu, plötzlich so energisch gegen eine Verbindung von Privatangehörigenverbänden mit Arbeitergewerkschaften zu agitieren? Nun, diese Agitation wurde eingeleitet und geführt von der Zeitschrift „Das freie Volk“, dem Organ der Demokratischen Vereinigung, die ihrerseits eine Abspaltung aus den freimüthigen Parteien ist. In dieser Demokratischen Vereinigung spielen die Führer des Bundes der technisch-industriellen Beamten eine Rolle: Herr Lüdemann ist Ausschussvorsitzender der Demokratischen Vereinigung, Herr Graunz ist Reichstagskandidat der Demokratischen Vereinigung, Herr Kuttner ist ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift der Demokratischen Vereinigung u. m. Umgekehrt ist auch das Haupt der Demokratischen Vereinigung, Herr Dr. Breitscheid, Mitarbeiter der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Breitscheid-Demokraten ihre Agitation gegen die Verbindung von Angestelltenverbänden mit Arbeitergewerkschaften auch innerhalb des Bundes der technisch-industriellen Beamten fortsetzen.

Inzwischen hatten die Herren aber auch den Bund der kaufmännischen Angestellten gegründet, dessen Grundsatz es sein soll, in keine dauernde Verbindung mit den Arbeitergewerkschaften zu treten. Und schließlich wurde im Organ der Demokratischen Vereinigung von besetzten Funktionären des Bundes der technisch-industriellen Beamten die Idee propagiert, einen Generalausschuß der Angestelltenverbände neben der Generalkommission der Gewerkschaften und neben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu gründen.

Die Zeitschrift der Demokratischen Vereinigung vom 8. Juli 1911 brachte einen Artikel, der den Schlüssel zu der gesamten Agitation der Breitscheid-Lüdemänner liefert. In diesem Artikel heißt es, der Tatsache, daß die Angestellten in politischer Beziehung anders als die Arbeiter denken und fühlen, müsse eben dadurch Rechnung getragen werden, daß die Gewerkschaft der Angestellten, so sehr auch ihre Wege in gleicher Richtung wie die der Arbeiterorganisation laufen, sich nicht mit ihnen verbinden dürfen. Politische Gründe werden hier geltend gemacht, und in der Tat, politischer Art sind die Triebkräfte, auf denen die ganze Aktion der Führer und Organe der Demo-

kratischen Vereinigung und des angeblich neutralen Bundes der technisch-industriellen Beamten beruht. Die Breitscheid-Demokratie braucht Anhänger: Daraus erklärt sich alles.

Der Verein für Handlungsgehilfen von 1868, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und andere, werden von den Führern des Bundes der technisch-industriellen Beamten als rückständig hingestellt. Und in der Tat trifft das auch in vieler Beziehung zu; aber wenn man bei Wahrheit pflichtgemäß in vollem Umfange die Ehre geben will, so muß man sagen, daß keiner von diesen Verbänden jemals eine so energische Hege gegen das Zusammenarbeiten mit den Arbeitern betrieben hat, wie gerade der Bund der technisch-industriellen Beamten und seine Filiale, der Bund der kaufmännischen Angestellten. In dieser Frage sind zweifellos die Bundesführer rückständiger als die antisemitischen Handlungsgehilfen!

Die Situation ist ernst, und es ist im Interesse der kaufmännischen und technischen Angestellten die höchste Zeit, daß die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten ihre Führer auf den rechten Weg bringen. Welchen Nutzen kann die Hege gegen das Zusammenarbeiten mit Arbeitergewerkschaften haben? Nur dem Unternehmer, dem wahren wirtschaftlichen Gegner der Angestellten, kann das, was die Angestelltenbewegung so schwer schädigt, von Vorteil sein. Die Breitscheid-Demokraten innerhalb des Bundes der technisch-industriellen Beamten wollen die arbeitenden Klassen teilen; dann aber ist das Unternehmertum am besten in der Lage, beide Teile, Angestellte und Arbeiter, zu beherrschen. Teile und herrsche — die Breitscheid-Demokraten tun das erste und das Unternehmertum das letzte!

## Soziales.

**Wo sind die Lebensmittelvertreter?** Bei der Beratung der Lebensmittelverteilung wurde im Reichstage die Behauptung aufgestellt, die gegenwärtige Teuerung habe ihre Ursache auch in der unverhältnismäßigen Preissteigerung, die der Kleinhandel vorgenommen habe. Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer und industrieller Vereine protestiert jetzt gegen diese Behauptungen und sagt in einer angenommenen Resolution u. a., daß der Handel sich jetzt teils mit geringem Nutzen begnügen oder gar mit Verlust arbeiten muß und gar keine Möglichkeit zu spekulativem Höbertreiben der Preise hat, daß schließlich und vor allem, soweit eine Preissteigerung neben den natürlichen durch künstliche Faktoren bedingt worden ist, diese Hochtreibung der Preise nicht auf das Konto des Handels zu legen ist, sondern auf das der Großproduzenten und der sie durch Zölle, Liebesgaben, Einfuhrverbote, Ausfuhrprämien und pseudohygienische Prohibitivmaßnahmen einseitig beunruhigenden Zoll-, Wirtschafts- und Steuerpolitik unserer Gesetzgebung und Verwaltung.

## Kommunales.

**In der Stadtverordnetenwahl in Köln.** In der dritten Abteilung erhielten Stimmen: Zentrum 25 000, Sozialdemokratie 13 000, Liberale 4 400. — Bei der vorigen Wahl hatten erhalten: Zentrum 18 000, Sozialdemokraten 10 600, Liberale 4 000. Wahlberechtigt waren 78 000, davon wählten 42 000. Die zur Wahl stehenden sieben Mandate wurden sämtlich vom Zentrum erobert.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Ein freigesprochener „Majestätsbeleidiger“.** Bei dem Stapellauf des Kriegsschiffes „Straßburg“ hatte der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander eine ziemlich kriegerische Rede gehalten, die in Straßburg großen Anstoß erregte; besonders bei der einheimischen Bourgeoisie. Das „Journal d'Alsace-Lorraine“ hatte sich zum Spracherhöher dieser Entrüstung gemacht und die Tatsache, daß Kaiserliche Gnade den Bürgermeister dazu auferließen habe, das Kriegsschiff aus der Taufe zu heben, noch dazu am 24. August — dem Tage des Beginnes der Beschließung Straßburgs im Jahre 1870 — als „neronisch“ bezeichnet. In diesem Ausdruck sollte eine Majestätsbeleidigung enthalten sein. Die Strafkammer in Straßburg sprach jedoch am Sonnabend den Redakteur Leon Boll von dieser schweren Anklage frei. Die Staatsanwaltschaft, die nicht weniger als 4 Monate Gefängnis beantragt hatte, hat durch dieses Urteil eine eklantante Niederlage erlitten.

**Aus der herrlichsten aller Welten.** In Breslau wurde in diesen Tagen eine 60jährige Almosenempfängerin, die völlig unbescholten und in Ehren grau geworden ist, zu einem Tage Haft verurteilt, weil sie gebettelt haben soll. Die „Volksmacht“ berichtet über den für unsere sozialen Zustände ungemein bezeichnenden Fall: Die Frau, die jetzt eine wahre Glendgestalt ist, hat 38 Jahre bei ihrer Schwester und deren Gemann die Wirtschaft geführt und genährt. Dann war sie zehn Jahre als Garderobenfrau in einem Tanzlokal in Kleinburg tätig. Krankheits halber mußte sie vor einem Jahre diese Stellung aufgeben. Seitdem ist die Frau nicht mehr imstande, zu arbeiten. Auf Krücken gestützt, kann sie sich kaum auf den Beinen halten und ist ganz auf die Pflege und Obhut ihrer auch schon alten Schwester angewiesen, bei der sie wohnt. Von der Stadt wird sie mit zwölf Mark monatlich unterstützt. Am 7. September 1911 war die arme Frau froh, auf Anraten des Arztes Dr. Grünberg wieder einmal in die frische Luft hinausgehen zu dürfen; bis dahin war sie dreiwertel Jahre ans Bett gefesselt. Auf ihren Krücken wankte die Gebrechliche auf den Matthiasplatz zu, um dort auf einer Bank auszuruhen. Eine wohlthätige Frau, die das Mütterchen dort sitzen sah, drückte ihr mitleidig ein paar Pfennige in die Hand. Das brodatete aber das scharfe Auge des Polizeiwachtmeysters Gwers. Hinter Gekrüch versteckt, legte er sich auf die Lauer, um aufzupassen, ob die Frau nicht etwa bettelte! Wieder kam eine Frau an der Bank vorbei, auf der die Alte lag. „Guten Tag“, sagte kopfnickend die Almosenempfängerin. Am Nu erschien auch schon Gwers auf der Bildfläche, um die Personation der Frau anzuschreiben. Wenige Tage darauf brachte ihr der Briefträger einen Strafbefehl über 3 Tage Haft wegen Betteln ins Haus. Die Arme erhob Einspruch und so kam die Sache vor das Breslauer Schöffengericht. Flehentlich bat die Angeklagte, sie doch auf die alten Tage nicht ins Gefängnis zu schicken; sie habe gar nicht daran gedacht, auf dem Plage zu betteln. Die Gabe sei ihr freiwillig gereicht worden. Die Angeklagte machte einen mitleiderregenden Eindruck, dem sich auch das Gericht nicht entziehen konnte. Wegen ihrer Gebrechlichkeit ließ ihr der Vorsitzende einen Stuhl zum Sitzen reichen. Der als Zeuge geladene Gwers belästigte die arme Frau. Da das Betteln nach dem Gesetz nur mit Haft bestraft (Geldstrafe ist unzulässig), konnte das Gericht die Strafe nur auf das Mindestmaß von einem Tage Haft herabsetzen. — Kommentar überflüssig!

# Aus Nah und Fern.

**Liebesdrama.** Ein Berliner Liebespaar vergiftete sich in einem Potsdamer ersten Hotel. Als die völlig entleerten Leichen aufgefunden wurden, war bereits die Leichenstarre eingetreten. Nach hinterlassenen Briefen geben die Selbstmörder unglückliche Liebe als Beweggrund an. Nach dem aufgefundenen Briefe handelt es sich wahrscheinlich um den Kapellmeister Eide und Fräulein Scherler aus Berlin.

**Was ist der Reichskanzler?** Ein preussischer Assistentarzt hat mit den Rekruten eines Kavallerieregiments Briefungen angestellt, um ihr Wissen vom Reichskanzler zu erschöpfen. Von 174 Männern konnten nur 42 die richtige Antwort geben. 105 schwiegen und 27 lieferten falsche Antworten. So wurde u. a. geantwortet: der Höchste im Reichstage — ein Mann im Reichstage — Oberst vom Reiche — er hebt und senkt die Steuern — der hat alles zu bezahlen, wenn im Staate was gemacht wird — der ist über die Abgeordneten — hat die Kriegssachen unter sich — der Reichsprediger — der beim Kaiser alles schreiben tut — der, was dem Kaiser alles zuteilt — er bedient Seine Majestät, — der die Steuern einnimmt — ein Abgeordneter — der das Haupt im Gericht führt — der über das Reich die Pläne ausführt — der Oberst von den Reichstagswählern — hat die Stadt Berlin unter sich — der im Reichstage die Ansprache machen muß — der alles auf dem Lande aufschreibt — verwaltet die Bücher des Kaisers — der Hest alles vor und macht bekannt, was im Reichstage beschlossen ist — ist beim Kaiser — der oberste Pfarrer — ein Bischof — Oberster in einer Provinz — steht dem Kaiser zur Seite im Kriege — Untertan des Kaisers — regiert die ganze Welt. Dieses Sammelurium von grotesken Vorstellungen beweist, wie notwendig eine weitere Aufklärung über die Verfassungsverhältnisse des Reiches noch ist. Aber so ganz unecht hatten die kindlichen Gemüter doch nicht, die die Bülow, Bethmann und Konsorten als „Untertan des Kaisers“ bezeichneten. Sie hätten nur noch hinzuzusetzen müssen: „und der preussischen Junker.“

**Heiliger Bureaufratius!** Ein hübsches Stückchen vom heiligen Bureaufratius erzählt ein Eingeladener der „Frankf. Zeitung“: Ich kam am 24. v. M. vom Auslande am Hauptbahnhof in München an, fand aber mein Gepäck nicht vor. Da ich nur kurze Zeit Aufenthalt hatte, eilte ich auf das dem Hauptbahnhof gegenüberliegende Telegraphenamt und schrieb zur Veranlassung von Nachforschungen ein längeres Telegramm auf ein amtliches Formular. In der Eile bemerkte ich nicht, daß an dem Formular die linke obere Ecke fehlte, sodaß ein Teil des Vordrucks mit abgerissen war. Als ich dem Beamten das Telegramm vorlegte, wurde es mir mit dem Bemerkens zurückgegeben, ich müsse wegen der fehlenden Ecke das Telegramm abschreiben. Kurz entschlossen, riß ich vom amtlichen Formular den ganzen Vordruck ab und präparierte das übrig gebliebene weisse Stück Papier mit dem Text. Verblüfftes Gesicht des Beamten, zorniges Eintreten des Beamten in den Klebebaum, das weisse Papier wurde akzeptiert, auf ein anderes Formular aufgelegt und expediert. O heiliger Bureaufratius!

**Die feindlichen Kompagnons.** Am Mittwoch mittag gerieten in einem Hause der Georgenstraße in München zwei Schlossermeister bei der Ausübung ihres gemeinsamen betriebenen Geschäftes in Streit. Im Verlaufe desselben zog der Schlossermeister Bauer Schmidt einen Revolver und feuerte auf seinen Kollegen zwei Schüsse ab, die diesen am Hals und Rücken schwer verletzten. Als dann gab er auch auf die Frau des Kompagnons einen Schuss ab und verletzte auch sie schwer an der linken Brustseite.

**Handbuch in der hohen Politik.** Kein Mensch hat geahnt, daß der Weltfriede außer durch die Marokko- und die Tripolisaffäre noch durch eine andere Angelegenheit auf Schwere gefährdet worden ist. Diesmal ist es ein leidenschaftlicher Dankwurst, der das zuwege gebracht hat. Und das kam so. Der Dankwurst des Kaisertheaters auf der Engländerausstellung in Dresden verprügelte zum Größten der kindlichen Zuschauer eines Tages einen „bösen Zauberer“ fürchterlich. Der Direktor des Kaisertheaters sagte in seinem schäfflichen Dialekt jedoch „Zauberer“, was ein anwesender Russe als Kar verstand. Er schrieb schleunigst in russische Zeitungen Artikel, auf der Bühne der Engländerausstellung werde der Kar auf das gräßlichste beleidigt. Auch die „Nowoje Wremja“ druckte einen verärgerten Artikel ab. Nunmehr schritten die russischen Behörden ein. Es kam zu einer ernstlichen Intervention Russlands auf diplomatischem Wege, auf dem dann auch die Aufklärung erfolgte. So hat der Dankwurst des Dresdener Kaisertheaters ernstlich die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in Gefahr gebracht. Es ist das auch kein Wunder, denn wo ein Dankwurst in Politik macht, da muß es natürlich Reibungen geben. Wir sehen ja alle Tage.

**Großfeuer.** In Hertenhausen (Rhön) sind Dienstag nachmittag durch ein Großfeuer 18 Häuser eingäschert worden.

**Schweres Banunglück.** In Nilsdorf bei Schweier ist ein Gerüst zusammengebrochen, auf welchem mehrere junge Anstreicher beschäftigt waren und abstürzten. Zwei waren sofort tot, ein dritter starb im Krankenhaus und ein vierter wurde schwer verletzt.

**Grubenunglück in Trausvaal.** Aus Johannesburg wird gemeldet: Durch einbrechendes Gestein sind in der Primrosemine ein Europäer und fünfzig Eingeborene verschüttet worden.

**Hänberischer Überfall.** Nach einer Meldung aus Petersburg überfielen Räuber am Montag abend das Stationsgebäude der Station Sziri von der Transkaukasischen Bahn. Töteten den Stationschef und Polizisten, verwundeten den Gehilfen des Stationschefs schwer, beraubten die Kasse und entflohen unerkannt.

## Genossenschaftsbewegung.

**Eintaufsgenossenschaft und Provinzzeitungsverleger.** Wie der „Zeitungs-Verlag“ mitteilt, hat sich in Offen eine Genossenschaft der Provinzzeitungsverleger gebildet. Diese Genossenschaft stellt eine Eintaufsgenossenschaft für den Bezug von Zeitungs- und Druckpapier, Maschinen, Schriften und Materialien dar. Das Interesse an der Gründung war so groß, daß sofort 85 Anteile gezeichnet wurden. Bemerkenswert an dieser Nachricht von der Gründung der Genossenschaft ist, daß sie die Angelegenheit mit großer Selbstverständlichkeit behandelt. Was den Zeitungsverlegern recht ist muß aber der breiten Masse der Konsumenten billig sein. Wenn sich diese aber zu Eintaufsgenossenschaften zusammenschließen, Konsumvereine gründen, sind es gleichen Zeitungen, die jetzt eine Eintaufsgenossenschaft gegründet haben, die über die „Schädigung der Interessen des Mittelstandes“ zetern.

## Literarisches.

**Zur Reichstagswahl!** Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. 751 Seiten. Gebunden 5 Mk. Zu beziehen durch

alle Buchhandlungen. — **Wahlzettel** der bürgerlichen Parteien. Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis gebunden 3 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 8. Noobr.**  
Bauern-Butter Ffd. 1.40—1.45 Mk., Meierei-Butter Ffd. 1.60 Mk., Hasen 3.00—3.50 Mk., Gärten 2.80—3.30 Mk., Süßner 1.60—2.30 Mk., Rufen Stück 1.20—2.00 Mk., Tauben Stück 0.55—0.65 Mk., Gänse Ffd. 0.75—0.82 Mk., Kackgans 2 Mk., Schinken Ffd. 1.10—1.20 Mk., Schweinestopf Ffd. 55—60 Pfa., Wurst Ffd. 1.20—1.40, Eier 6 Stück 60 Pfa., Feringe 2 10 Pfa., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen 1.10—1.20 Mk., Geräuch. Lachs Ffd. 1.00—2.00 Mk., Schlei 1.40—1.60 Mk., Brachsen 60—70 Pfa., Hechte Ffd. 70 Pfa., Barsche Ffd. 60—70 Pfa., Hal Ffd. 0.70—1.00 Mk., Karauschen Ffd. 80 Pfa., Gemüße genüg., Munkensohl d. Kopf 0.20—0.40 Mk., Kohl 100 Ffd. — Mk., Gurken, 100 Ffd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Ffd. — Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Ffd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Ffd. Mk., Kirschen Ffd. — Pfa., Kartoffeln neue 10 Ffd. 50—70 Pfa., Mand Ffd. — Pfa.

**Getreidepreise.** V u b e d. 8. November.  
Weizen, 128—135 Ffd. hoch 190—196 Mk. Roggen 128—127 Ffd., hoch 173—176 Mk., Gerste, nach Qualität 178—190 Mk. Hafer, nach Qualität, 178—185 Mk. alter — Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 8. Noobr.**  
Auftrieb 5500 Schweine. — Handel sehr reger. — Überstand — Stück.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Ffd., Tara 20 Proz., — bis 60,— (— bis 48.00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Ffd., Tara 20 Proz., 59,— bis 60,— (47.00 bis 48.00) Mk. Mittelware, von 200—240 Ffd., Tara 22 Proz., — 00 bis 60.00 (— bis 47.00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Ffd., Tara 22 Proz., 59.00 bis 60.00 (46.00 bis 47.00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 54,— bis 57.00 (38.00 bis 43.50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 52,— bis 54.00 (41.00 bis 43.50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45,— bis 50.00 (35.00 bis 39.00) Mk.

**Butter-Notierungen**  
d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 8. Noobr.  
1. Klasse 315 Drittel zu 140.47 Mk. im Durchschnitt.  
2. 85 131.99 Mk.  
Unverkauft blieben — Tonnen.

**Briefkasten.**  
H. B. Zueffmann.  
Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Mener & Co. sämtlich in Lübeck.

Am Dienstag d. 7. Nov., abends 8 1/2 Uhr, starb im Krankenhaus mein lieber Mann, Friedrich Georg Schröder im Alter von 78 Jahren. Tief bestrauert von Sophie Schröder Ww. u. Ansehndig. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. Nov., nachm. 3 1/2 Uhr, vom Dornseker Friedhof aus statt.  
Jeden Freitag stehen Spretten, Bäcklinge u. Lachs. Gute Kautschuk zum Verkauf.  
E. Lüthgens, Heinrichstr. 6.

**Saufjagunq.**  
Sagen hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie dem Arbeiter-Gesangsverein St. Jürgen für die vielen Geheute und Gratulationen anlässlich unserer silbernen Hochzeit besten Dank.  
J. Bruhn und Frau Dora geb. Bäumlcr.  
Hasenfeile, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs zc. sowie Pferdehaare  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
D. Wagner, Holstenstraße 8.

Zu sofort gesucht  
**Grübte Hilfsarbeiterin**  
für die Buchbinderet.  
Werner & Hörnig  
Königsstraße 47.  
Billig zu verk. ein Küchenschrank mit Aufsatz, ein neues schm. Aluokas und ein blau wollenes Kleid, eine Boa. Joh. Ehlers, Kienfeld, Lindenstraße 84.

Sonnabend nachmittag 5 Uhr  
**prima Rindfleisch**  
zu verkaufen 55 Pfa.  
Paul Stapelfeldt,  
Stoetefeldstr.  
Hurra, das beliebte Ziegenfleisch ist wieder da!  
Pfund 30 und 40 Pfa.  
22 Fünfhausen 22.

**Diademwollschrot**  
mäkelt rasch und billig, ergibt gesunde, kräftige Schweine.  
**Diadem-Ferkelschrot**  
bester und billigerer Mäckerlachs. In Lübeck und Umgegend allein hergestellt von  
**A. Brede Ww., Lübeck, Finkenberger Mühle,**  
Mölsinger Allee 116.  
Telephon 1572.

### Bezugsquellen-Verzeichnis

<b>Brauereien</b> Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 73 Kieler Schloßbrau, H. A. Wulff, Untertrave 96, Fernspr. 1271	<b>Drogerien</b> W. Hohenschild, Marlist 42c. T. 736 Aug. Prösch, Mühlenstr. 38 Germania-Drogerie, Häxstr., Ecke Königsstr.	<b>Friseur, Parfüm.</b> Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a	<b>Kurz, Weiss, Wollw.</b> O. Sinnenwald, Lindenstr. 39 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
<b>Bäckereien</b> Paul Barmann, Lübeck, Lg. Lehm, 48 Dampf-B. u. Koadit J. Eixmann, Fischergr. 47 H. Jargstorff, Warendorferstr. 38 R. Kasch, Fleischerstr. 32, Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei W. Krahs, Fackelnb. Allee 37a Ad. Hinzelmänn, Schüttenp. 23 B. Plath, Lubeckerstr. 3, W. Steinhoff, Travemünde.	<b>Fahrräder, Nähmasch.</b> H. Benthien, Fackelnb. Allee 53 Deutsches Nähmaschinen-Haus <b>Gustav Rath,</b> Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Basse, Walmstr. 42 Rich. Israel, Alifstr. 31 Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23 St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arumstr. 12a Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28 O. Krobbe, Schwartau, Lsb-St. 71, Rep. Sämtl. Ersatz.	<b>Galant-, Spielwar.</b> C. Bliessath Wwe. Sandstr. 9.	<b>Manufakturwaren</b> Johann Dittmer, Drögert 12a Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14
<b>Brennmaterialien</b> H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a L. Wallbrandt, Rosengarten 10.	<b>Farben u. Lacke</b> J. Becker, Dornstr. 29 W. Hohenschild, Marlist 42, P. 736 Ferd. Kayser, Breitenstr. 81 Aug. Prösch, Mühlenstr. 38	<b>Handels-Lehranst.</b> Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Bankwärtersgrube.	<b>Möbelmagazine</b> Möbel-Fabrik, Mölsing Allee 60 Detail-Verkauf in der Fabrik W. Pamperin, Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20 Wohnungseinrichtungen z. billigen Pre.
<b>Butter-, Käsehandlgn.</b> Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8 L. Philipp, Fackelnb. Allee 90 W. Ruckstein, Fagel, Feinste Taleibutter. W. Ruckstein, Häxstr. 23 J. Serran, Häxstr.	<b>Fleisch- u. Wurstw.</b> Hans Gerds, Elfwigstr. 1a Eiswurstgr. 4a Prim. Fleisch und Wurstwaren Chr. Gipp, Mölsinger Allee 4 Gottlieb, Köni-str. 104 Carl Joost, Beckerggrube 30 C. Klein, Pfaffenstr. 14 F. Löncke, An der Mauer 41a F. Märck, Kupferschmiedestr. 68 W. Meyer, Bismarckstr. 4a Wurst-Abt. mit elektr. Bet. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55 Gust. Zach, Kottwitzstr. 32 Oldesloe, Brunnenstr. 2 L. Voller, Pz. Fleisch- u. Wurstwar.	<b>Hüte und Mützen</b> Adolph Dimpker, Lübeck, Walmstr. 9 Ang. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	<b>Molkereiprodukte</b> Hansa-Meierei in der Amme Lübeck's u. Umland von Milchprodukten aller Art
<b>Cacao, Chocol., Tee</b> Lina Schwarz, Lübeck, Häxterd. 12	<b>Kino-Salon</b> <b>Biophon-Theater</b> Breitenstr. 62. Vornehmstes am Platze. Vollendete Vorführung, lebender, singender, sprechender Photogr.	<b>Herren- u. Knab.-Gard.</b> Job. Dittmer, Lübeck, Drögert 12a Rudolph Karetadt, Eutin.	<b>Meiereien</b> Meierei Rensefeld Inh. Paul Rickerl. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartzau Inh. Philipp Rittel, Tel. 2144 Milch und alle Molkereiprodukte
<b>Cigarrenhandlgn.</b> A. Barmester Lübeck, Fackelnb. Allee 48 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8 D. Kiecke, Königsstr. 64, Ecke Häxstr. Rob. Klitzsch, Engelstr. 80 Paul Karkard, Seiditzstr. 18, Ci-garett, garette, Tabake Jacob Meier, Warendorferstr. 19a Conrad Rothke, Fleischb. Allee 15 Paul Tafel, Eutin, Häxstr. 8 W. Böhnel, Staven, Lübeckstr. 32	<b>Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!</b>	<b>Hüte und Mützen</b> Ernst Lüth, Spillerstr. 5 H. Schmitt, Augustenstr. 14/14a J. Serran, Häxstr. H. Lettau, Eutin, Weidestr. 4 Louis Rathmann, Schwartau. J. U. Kröger, Travemünde.	<b>Optik u. Mechanik</b> Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitenstr. 56.
<b>Schreibwaren</b> Ang. Barmester, Fackelnb. Allee 48 M. Maxein Wwe., Mölsing Allee 40a Mühlensbrücke 2a Elsa Paulsen, Spez. Briefmarken.	<b>Schuhwaren</b> Rud. Möller, Hartenstr. 38, Reparatur. Ang. Rostock, Finlins sen 5 Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	<b>Seiten, Toilette-Art.</b> Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8	<b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Pauleke, Lübeck, Königsstr. 45b, Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Brckergrube 20.
<b>Stahl-, Eisenwaren</b> Franz Gendmer, Fackelnb. Allee 10b, Fernspr. 1031. F. Wichmann, Huxstr. 46, So-linger Stahlwaren.	<b>Tapeten, Linoleum</b> Carl Pauleke, Lübeck, Königsstr. 45b, Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Brckergrube 20.	<b>Trikot-, Strumpfwaren</b> E. Ehlerst, Lübeck, Breitenstr. 15a	<b>Uhren, Goldwaren</b> August Büttner, Uhrmacher, Häxstr. 32 W. Westfahl, Holstenstr. 32 H. Neumann, Schwartau.
<b>Wäsche-Verleih-Institut</b> T. 1023 Spezialität Haus- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Friedenstr. 60 Hansa, W. Fernspr. 224, 60 W. Kröger, Warendorferstr. 19a	<b>Wäsche-Verleih-Institut</b> T. 1023 Spezialität Haus- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Friedenstr. 60 Hansa, W. Fernspr. 224, 60 W. Kröger, Warendorferstr. 19a	<b>Wäsche-Verleih-Institut</b> T. 1023 Spezialität Haus- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Friedenstr. 60 Hansa, W. Fernspr. 224, 60 W. Kröger, Warendorferstr. 19a	<b>Wäsche-Verleih-Institut</b> T. 1023 Spezialität Haus- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Friedenstr. 60 Hansa, W. Fernspr. 224, 60 W. Kröger, Warendorferstr. 19a